Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 7,50 M., durch Boten bezogen monatlich 8,50 M., bei Postbezug monatlich 9 M. frei Haus. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 50 Pf. Postscheckkonto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstr. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der 8gesp. Millim. Satzraum 50 Pf. und der 3gesp. Millim. Reklameraum M. 2,—. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe in Zahlung genommen. Ziffergebühr 75 Pf., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Herausgeber Ludwig Baltz.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 294 Donnerstag, den 15. Dezember 1921. 161. Jahrgang

Tageschronik

Die Verhandlungen über die Koalitionserweiterung im Reich scheinen in ein entscheidendes Stadium zu treten.

Die Reparationskommission verbietet in einer Note Deutschland die Kohlenausfuhr ins neutrale Ausland.

Deutschland fordert in einer Note an die Botschafterkonferenz Ersatz für die durch die Polenaufstände verursachten Schäden.

Die Abstimmung in Oedenburg wird unter dem ungarischen Terror und der Wahlfälschungen eine Mehrheit für Ungarn ergeben.

Vor der Koalitionserweiterung?

Ein Wink aus London.

Die politische Lage in Berlin kennzeichnet sich heute mehr als je dadurch, daß die Fülle der Gerüchte und Vermutungen die spärlich vorhandenen sicheren Nachrichten völlig überwuchern. Das Hauptinteresse konzentriert sich selbstverständlich um die Behandlung der Kreditaktion durch die deutsche Regierung und um die damit zusammenhängende Absicht einer Umbildung und Erweiterung der Reichsregierung. Die Vermutungen darüber, ob Rathenau früher oder später wieder ins Kabinett eintreten wird, gehen weit auseinander und auch der Wiedereintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung ist nur Gegenstand von Vermutungen, denen, soweit sie keinen bestimmten Termin nennen, wenig Wahrscheinlichkeit zukommt.

Wie der „L. A." wissen will, sei eine der Voraussetzungen, die von englischer Seite für irgendwelche Abmachungen in finanzieller Hinsicht verlangt werden, die Festigung der deutschen Regierung. Darum würde also die Frage der Regierungserweiterung wieder akut werden und in parlamentarischen Kreisen sei es, wie das Blatt weiter sagt, kein Geheimnis, daß Besprechungen mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten wegen Eintritt in die Koalition unmittelbar bevorstehen. Im Laufe des heutigen Tages dürfte der Reichskanzler die Parteiführer zusammenberufen.

Es heißt ferner, Lord Robert Cecil werde demnächst zur Information über die Lage Deutschlands nach Berlin kommen.

Stinnes geht wieder nach London.

Wie die „L. N. N." hören, wird sich Stinnes voraussichtlich am 19. oder 20. d. M. zu einem kurzen Aufenthalt nach London begeben, der sozusagen den Abschluß bilden soll für die Verhandlungen wirtschaftlicher Natur, die bereits jetzt in Berlin seit etwa einer Woche gepflogen werden.

Ein neuer englischer Zahlungsplan.

Ein ausländischer Diplomat erklärte in Washington, Lloyd George treffe Vorbereitungen zur Annullierung der Schulden der europäischen Entente-Mächte an England. Er werde aber die Bedingung stellen, daß Frankreich ebenfalls auf seine europäischen Forderungen verzichtet und daß die deutsche Reparation an Frankreich um 13½ Milliarden Frank verringert werde. — Dazu verlautet aus französischer Quelle, daß England insgesamt 26 Milliarden der Reparationsschulden streichen würde, wenn es für sich auf die deutschen Schulden verzichte. England sei bereit, Frankreich die Priorität auf die deutschen Zahlungen abzutreten. Der „Temps" versieht diese Meldung mit der Einschränkung, daß es sich hier um Zukunftspläne handle und daß man darüber das augenblickliche Geldbedürfnis Frankreichs nicht vergessen dürfe.

Die Ungerechtigkeit der Reparationsforderungen.

„Manchester Guardian" empfiehlt den Alliierten als ersten Schritt in der neuen Reparationspolitik den Verzicht auf die Entschädigung für die Pensionen und gleichartigen Vergütungen, deren Einschließung in die Entschädigungsrechnung

ohne jede Spur einer moralischen Rechtfertigung

sei, da sie eine absolute Verletzung der Waffenstillstandsverhandlungen bilde.

Der zukünftige belgische Ministerpräsident.

Der belgische Finanzminister Theunis, der zukünftige Ministerpräsident, erklärte einem Vertreter der „Liberte", in dem delikaten Reparationsproblem müßten Belgien und Frankreich unlöslich vereint bleiben. Deutschland könne kein neuer Zahlungsaufschub gewährt werden, auch kein Moratorium. Deutschland müsse ausführen. Theunis hofft, daß ein Wirtschaftsabkommen zwischen Frankreich und Belgien trotz der verschiedenen Zollfragen, Ursprungserzeugnisse und so weiter möglich sei.

Ein neuer Gewaltakt der Entente.

Verbot der Kohlenausfuhr.

Die Reparationskommission hat eine neue Note an die deutsche Regierung gerichtet. Es handelt sich dabei um nichts weniger als ein Verbot der gesamten Kohlenausfuhr aus Deutschland nach dem neutralen Auslande.

* * *

Die Abstimmungskomödie in Oedenburg.

Oesterreich wird das Ergebnis nicht anerkennen

Die Abstimmungskomödie ging außerordentlich ruhig vor sich. Die Teilnahme war verhältnismäßig schwach, da viele Deutsche Stimmenthaltung übten. Andere Deutsche allerdings fürchteten, beim Nichterscheinen von den ungarischen Banden als österreichfreundlich gestellt zu werden, und gingen deshalb zu den Abstimmungslokalen, die von ungarischen Gendarmen und Bandenmitgliedern förmlich umlagert waren. Um den Schein zu wahren, haben nach der Abberufung der österreichischen Kommissare auch die ungarischen formell am Wahlakte nicht teilgenommen. Die Entgegennahme der Stimmzettel geschah also nur durch Interalliierte Offiziere. — Am 16. Dezember wird sich die nämliche Komödie in den Landgemeinden des Abstimmungsgebietes vollziehen.

Da nach den gefälschten ungarischen Listen abgestimmt wurde und da sich außerdem ein Teil der Deutschen der Stimmenabgabe enthielt, so ist eine Mehrheit für Ungarn wenigstens in Oedenburg so gut wie sicher. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist ja völlig gleichgültig, da es von Oesterreich nicht anerkannt werden wird und da auch schon bestimmte Zweifel darüber vorliegen, ob die Botschafterkonferenz die Abstimmung als entscheidend für die Zuerkennung Oedenburgs ansehen wird.

Von 18 700 Abstimmungsberechtigten sind 13 000 erschienen. Das Ergebnis der Abstimmung wird erst am Freitag bekannt gegeben werden. Bisher dürften unter den angegebenen Umständen 90 Prozent der abgegebenen Stimmen für Ungarn lauten.

Die Zusammenkunft Briands mit Lloyd George

Die alleuropäische Konferenz

Briand wird die Reise nach London bereits am 18. Dezember antreten, sodaß er am Montag mit Lloyd George zusammentreffen kann.

„Daily Chronicle" tritt in einem Leitartikel und in einem besonderen Artikel für den Plan einer alleuropäischen Konferenz ein. Bei den nahen Beziehungen des Blattes zu Lloyd George liegt der Gedanke nahe, daß Lloyd George versuchen will, Briands Zustimmung zu gewinnen. „Daily Chronicle" betont, daß die Konferenz so umfangreich als nur irgend möglich sein müsse, auch bezüglich des Programms, das neben wirtschaftlichen Fragen auch politische und Abrüstungsfragen einzuschließen hätte.

Stinnes über die Kohlenwirtschaft.

In der Sitzung des Reichskohlenrates am Mittwoch erstattete der Berghauptmann Bennhold den Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft. In der sich anschließenden Debatte ergriff unter anderen Hugo Stinnes das Wort. Er erklärte, daß auf keinen Fall die Löhne aus den Ueberstunden dahin führen dürften, die normalen Löhne etwas niedriger zu halten. Vorläufig müßten, um aus der gegenwärtigen Not zu kommen, noch Ueberstunden geleistet werden. Darüber hinaus sei es höchste Zeit, das Uebel an der Wurzel zu packen. Es gehe wirtschaftlich und politisch nicht an, daß ringsum Kohlenüberfluß herrsche, und in Deutschland Ueberstunden gemacht werden müßten. Die Preise unserer Kohlen müßten ehestens den Weltmarktpreisen angepaßt werden. Durch die jetzigen Preise würde die Entente geradezu animiert, unsere billigen Kohlen als Wiedergutmachungsmaßnahme von uns herauszuholen. Diese billige Kohle stütze u. a. die belgische und französische Eisenindustrie, die uns dann, wie kürzlich in Argentinien, unterbieten. Die schwerste Katastrophe für unser ganzes Vaterland sei zu befürchten, wenn nicht schleunigst die bisherigen

Methoden des Reichswirtschaftsministers geändert

und durch Beratungen im kleineren Kreise die angedeuteten Ursachen der Kohlennot beseitigt würden.

Zur Aenderung der Einkommensteuer.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde die vom Zentrum beantragte Abänderung des Einkommensteuergesetzes beraten. Der Antrag sieht eine neue Staffelung vor. Für die ersten 40 000 M Einkommen soll die Steuer 10 Prozent, für die weiteren 10 000 M 15, für die weiteren 10 000 M 20, für die weiteren 40 000 M 25, für die weiteren 200 000 M 30, für die weiteren 200 000 M 35, für die weiteren 500 000 M 40, für die weiteren 500 000 M 45, für die weiteren 500 000 Mark 50 und für die weitere Million 55, für alle höheren Beträge 60 Prozent betragen. — Abg. Keil (S.) und Abg. Seltmann (Unabh.) schlugen vor, die Erleichterung für die höheren Einkommen nicht zu stark durchzuführen, da diese nicht so sehr unter der Teuerung litten. Die Abgg. Herold (Ztr.) und Dr. Helfferich (Dn.) traten für die Vorlage ein. Der Abg. Helfferich wies darauf hin, daß die Besteuerung der Einkommen bis zu 40 000 M schon durch die Aufwandsentschädigungen erleichtert werde. Der Abg. Herb (USP.) behielt sich einen Antrag auf stärkere Heranziehung der höheren Einkommen vor. Abg. Emminger (Bay. Vpl.) wies darauf hin, daß der Entwurf nur der Konsolidierung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dienen wolle. Darauf wurde die Weiterberatung vertagt.

Die Reise nach England.

Herr Rathenau ist seit einigen Tagen aus London zurückgekehrt. Er verhält sich wider seine sonstige Gewohnheit verhältnismäßig schweigsam und zurückhaltend und er hat, wir Anlaß haben zu glauben, allen Grund dazu, denn die Reise hat keineswegs den Ertrag gebracht, den man davon erhofft hatte. Die Reise Herrn Rathenaus war, im Gegensatz zu der Reise des Herrn Stinnes keine reine Privatangelegenheit. Die englische Presse war sich klar darüber, daß Herr Rathenau hoffte, sozusagen über London, wieder in das deutsche Aufbauministerium reisen zu können, und sie hat ihn, wie auch die Unterredungen mit dem englischen Schatzkanzler Horne beweisen, als halbamtliche Persönlichkeit betrachtet. Auch als solche hat er nichts erreicht. Vielmehr hat sich herausgestellt, daß das Deutsche Reich auf Kreditgewährung nicht rechnen könne, und daß das Moratorium, von dem man so viel gesprochen hat, nur möglich wäre mit Zustimmung der französischen Regierung und unter Bedingungen, die so hart und unmöglich waren, daß nur eine Verschlimmerung unserer Lage die Folge sein könnte. Herausgestellt hat sich aber ferner, daß direkte Verhandlungen zwischen den privatwirtschaftlichen Verbänden wie Industrie und Banken, wenn auch keine sehr erheblichen, so doch einige Aussichten auf Erfolg böten.

Diese Tatsache ist von innenpolitischer Bedeutung. Damit wird nämlich mit einem Schlage die Industrieaktion, das Kreditangebot sehr viel aktueller und für unsere Lage bedeutungsvoller, als dies eben noch den Anschein hatte. Wenn der Staatskredit versagt und der Privatmann als Einzelner oder als Gesamtheit mehr Entgegenkommen findet, so bedeutet das eine wenigstens in gewissem Sinne erfreuliche Tatsache, insofern man eben noch nicht verwirklichtes Fond von Vertrauen sprechen kann. Das ist im Sinne der deutschen Erneuerung wichtig. Es fragt sich nur, ob die Regierung den Mut aufbringen wird, ihren Mißerfolg zuzugeben oder ob sie, wie es allen Anschein hat, nach wie vor auf ihren Beschlagnahmeplänen zu beharren gedenkt. Steuern aufbringen ist etwas anderes als Steuern aufzwingen. Das eine geschieht in der Hauptsache freiwillig. Selbst Zwangsmaßnahmen müssen als Folge der vorhandenen Bereitschaft der Allgemeinheit zur Steuerzahlung an sich angesehen werden. Ist aber diese Voraussetzung nicht vorhanden dann kann es sich schlechterdings nicht um ein Steuerprogramm, sondern nur um einen Beschlagnahmefeldzug handeln. Wir folgern nämlich aus dieser Einstellung englischer amtlicher Stellen, daß man Wert darauf legt, die vorhandenen industriellen Kräfte Deutschlands zu erhalten, und zwar nicht nur die industriellen Kräfte an sich, im landläufigen Sinne, sondern die Gesamtheit der schaffenden Berufe, welche die Werte erzeugen, von denen der Staat lebt. Dazu gehört in erster Linie die Landwirtschaft. Der deutsche Staat hat seit der Revolution nicht den Beweis erbringen können, daß er zu wirtschaften versteht. Die papiernen Programme waren keine Wegweiser zum Heil. Deshalb betrachtet man ihn mit Mißtrauen. Denn letzten Endes kommt es darauf an, daß ein Staat über laufende und sich stets erneuernde Einnahmen verfügt, nicht darauf, ob er unter allerlei Vorwänden sei es im Inlande sei es im Auslande, Geld borgen oder erpressen kann. Laufende Einnahmen des Staates beruhen jedoch auf laufenden Einnahmen der Steuerzahler. Aber unsere Staatsverwaltung hat immer noch im Sinne ihrer vollzogenen Unterschriften das Bedürfnis, aus dem Fell ihrer Steuerzahler Riemen zu schneiden, anstatt sie an den viel haltbareren Strängen der Freiwilligkeit und des eigenen Interesses an den Staat zu fesseln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211215-19/fragment/page=0001

Krankenversicherungsgrenze 40000 Mk.

Dem Reichstage ist ein von allen Fraktionen unterzeichneter Gesetzentwurf über Versicherungspflicht. Versicherungsberechtigung und Grundlöhne in der Krankenversicherung zugegangen, der die Einkommensgrenze sowohl für die Pflicht- wie für die freiwillige Versicherung auf 40 000 *M* erhöht. Der Entwurf sieht weiter eine Steigerung der Höchstbeträge für den Grundlohn vor, wobei darauf hingewiesen wird, daß das bisher gewährte Krankengeld völlig unzureichend war und die Aussichten der Krankheitsheilung sehr ungünstig beeinflußt hat. Der gesetzliche Höchstbetrag soll von 24 auf 40, und der satzungsmäßig zulässige von 30 auf 80 *M* hinaufgesetzt werden. Eine weitere Steigerung wäre, wie die Begründung ausführt, an sich wünschenswert; sie würde aber zu einer noch empfindlicheren Steigerung der Beiträge führen.

Das Eisenbahnfinanzgesetz.

Das kommende Eisenbahnfinanzgesetz bringt eine ungeheure Verselbständigung der Reichseisenbahnen auf der Grundlage des § 92 der Reichsverfassung. Die Verselbständigung beschränkt sich nicht nur auf die Unabhängigmachung vom Reichsfinanzministerium auch aus der Zuständigkeit des Reichstages sollen die Reichseisenbahnen herausgehoben werden und der Volksvertretung nur mehr eine Ueberwachung überlassen werden darüber, daß der Reichsverkehrsminister die Gesetze einhält Der Erlaß von Ausführungsbestimmungen für die Reichseisenbahnverwaltungen wird ausschließlich aus dem Reichsverkehrsminister übertragen. Der Entwurf stattet den Reichsverkehrsminister mit einer Fülle von Machtvollkommenheiten aus. Der aus 36 Köpfen bestehende Verwaltungsrat nimmt eine nicht minderwichtige Stellung in der neuen Eisenbahnverfassung ein. In ihn entsenden u. a. der Reichstag und der Reichswirtschaftsrat je 6 sowie das Personal 6 Vertreter. 12 Mitglieder werden vom Reichspräsidenten ernannt. Der Verwaltungsrat soll vor allem die Aufgaben erledigen, die bisher hauptsächlich dem Reichstage oblagen u. a. Genehmigung des Etats, Aenderung der Tarife, große Veränderung im Personalbestande. Künftig soll der Bauetat und der Betriebsetat scharf getrennt werden. Eine Menge von Lasten, die bisher von der Eisenbahnverwaltung getragen wurden, sollen auf den allgemeinen Reichsfond abgebürdet werden, so z. B. der Wert der abgetretenen Bahnstrecken und ein angemessener Betrag für den Kriegsverschleiß.

Wenn der Entwurf an dem öffentlichen rechtlichen Charakter des Beamtenums zunächst auch nicht rütteln will so hat er doch schon eine neue Form von angestellten höherer Ordnung vorgesehen, um die Uebernahme tüchtiger Kräfte aus anderen Berufen zu ermöglichen.

Aufhebung der Ausnahme-Versorgung?

Im Reichstage teilte Vizepräsident Dr. **Rießner** gelegentlich einer Geschäftsordnungsdebatte mit, daß wegen der Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Septbr. über den Ausnahmezustand Verhandlungen mit der Regierung schweben.

Erhöhung des Gehalts des Reichspräsidenten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschloß entsprechend einem Zentrumsantrag die Erhöhung des Gehalts des Reichspräsidenten auf 300 000 *M* und der Aufwendungsgelder auf 400 000 *M* mit Rücksicht auf die gewaltige Teuerung.

* * *

Deutsche Forderung auf Schadenersatz.

Eine Note an die Botschafterkonferenz.

Die deutsche Regierung hat am Dienstag durch den deutschen Botschafter in Paris der Botschafterkonferenz die von uns bereits als beabsichtigt angekündigte Note überreichen lassen, worin um baldige Begleichung der den Deutschen Oberschlesiens durch die verschiedenen polnischen Aufstände herbeigeführten Schäden ersucht wird. Die Note verlangt umgehend Maßnahmen für die volle Ersatzleistung der Geschädigten.

Keine Reparationsübernahme durch Polen.

Warschauer Blätter teilen mit, daß Polen trotz der Zuteilung eines großen Teiles von Oberschlesien keinen Teil der Reparationszahlungen übernehmen werde.

Die Entente-Schnüffler an der Arbeit.

Das Pariser „Journal“ erhebt die schwere Anschuldigung gegen die deutsche Regierung, daß 20 Beamte der Polizei in Berlin zur Begleitung der deutschen Kommission für Oberschlesien sich entgegen den Vertragsbestimmungen unter Verschweigung ihres Amtscharakters und unter falschen Namensangaben in Oberschlesien aufhalten, um dort nicht zugelassene Dienste für die deutsche Regierung zu versehen. Das „Journal“ fordert die schleunige Kontrolle der Personalbestände der Berliner Polizei durch die Ententekommission, die einwandfrei eine neue schwere Verfehlung der deutschen Regierung feststellen würde.

Der „Oberschl. Kurier“ bemerkt: Dazu wird uns auf Anfrage von der deutschen Delegation mitgeteilt, daß die bei den deutschen Bevollmächtigten in Beuthen beschäftigten Personen sämtlich mit Genehmigung des französischen Konsuls in Berlin nach Oberschlesien unter ihrem richtigen Namen eingereist sind. Irgendwelche unerlaubte Tätigkeit wird nicht betrieben, ebensowenig ein Nachrichtendienst ausgeübt.

Aus Stadt und Umgebung

Sitzung des Kreistages.

* Am Dienstag, den 20. Dezember 1921, vormittags 10 Uhr, beginnt im Sitzungssaale des Kreishauses der Kreistag.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Entscheidung über die Niederlegung der Aemter in der Vertretung des Kreises durch einige Kreistagsabgeordnete (§ 8 der Kreisordnung).

2. Einführung derr neu eintretenden Mitglieder des Kreistages (§ 1.. der Kreisordnung).

3. Einführung einer Verwaltungsgebührenabgabe. Der erhöhte Geldbedarf des Kreises zwingt zur Schaffung neuer Einnahmequellen. Der Kreisausschuß empfiehlt daher für bestimmte Tätigkeiten der Kreisverwaltung, soweit diese im wesentlichen im Belange der einzelnen Personen liegen, Gebühren zu erheben.

4. Einführung einer Kreis-Vergnügungssteuer. Die oben erwähnten Beweggründe führen auch zur Einführung einer Vergnügungssteuer im Kreise Merseburg.

5. Einführung einer Schankerlaubnissteuer. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Notlage der Geldverhältnisse des Kreises sieht sich der Kreisausschuß gezwungen, dem Kreistage die Vorlage zur Einführung einer Schankerlaubnissteuer zu machen.

6. Aenderung der am 29. 6. 1921 vom Kreistage beschlossenen Zuwachssteuer. Der Bezirksausschuß hat unterm 15. September 1921 die vom Kreistage beschlossene Steuerordnung zur Aenderung zurückgegeben.

7. Nachtragsumlage der Kreisabgaben für das Rechnungsjahr 1921. Infolge der großen Geldentwertung sind die Ansätze des Haushaltsplanes 1921 teilweise erheblich überschritten. Nach den bisherigen Ermittelungen ergibt sich bis jetzt ein Fehlbetrag von 324 134,67 Mk., der durch Nachtragsumlage aufzubringen ist.

8. Neuregelung der Dienstbezüge der Kreisbeamten vom 1. Oktober 1921 ab.

9. Neuregelung der Dienstbezüge der Kreisangestellten vom 1. Oktober 1921 ab.

10. Entschädigung des Vorsitzenden des Kreismieteinigungsamtes.

11. Neuregelung der Tagegelder der Kreistagsabgeordneten, Kreisausschuß- und Kreiskommissionsmitglieder.

12. Uebernahme neuer Aktien der Landkraftwerke durch den Kreis Merseburg. Das Aktienkapital der Leipziger Landkraftwerke ist durch Beschluß der Generalversammlung am 28. November 1921 um 20 Millionen Mark erhöht. Auf den Kreis Merseburg entfallen etwa 1 000 000 Mk. neue Aktien.

13. Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe in Höhe von 500 000 Mk. zur Deckung laufender Ausgaben bei der Kreissparkasse. Zur Deckung der laufenden Ausgaben hat sich die Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe in Höhe von 500 000 Mk. erforderlich gemacht.

14. Uebernahme der Bürgschaft für Erhöhung des Kredits bei der Zentrale des Sparkassengiroverbandes Sachsen-Anhalt in Magdeburg für die Geschäftszwecke der Kreiskornstelle Infolge der hohen Getreidepreise reicht der der Kreiskornstelle durch Kreistagsbeschluß vom 8. Dezember 1917 gewährte Kredit in Höhe von 500 000 Mk. zur Deckung des Betriebsmittelbedarfes nicht mehr aus. Der von der Kreiskornstelle in Anspruch genommene Kredit hat zur Zeit eine Höhe von 2 350 000 Mk. erreicht. Der Kreis soll daher die Bürgschaft bis zur Höhe von 2 350 000 Mk. übernehmen.

15. Wahl eines Amtsvorsteher-Stellvertreters für den Amtsbezirk Spergau.

16. Wahl eines Amtsvorstehers und Stellvertreters für den Amtsbezirk Großgräfendorf.

17. Wahl eines Schiedsmannes: a) für den 1. Bezirk des Kreises Merseburg, umfassend die Ortschaften: Frankleben, Atzendorf, Benndorf, Blösien, Geusa, Körbisdorf, Kötzschen, Naundorf, Oberbeuna, Niederbeuna, Reipisch, Runstedt, Zscherben; b) für den 9. Bezirk des Kreises Merseburg, umfassend die Ortschaften: Altranstädt, Günthersdorf, Kötzschau, Pissen, Rodden, Witzschersdorf, Schladebach.

18. Wahl von Mitgliedern für den Reichseinkommensteuerausschuß: a) Bezirk 4, umfassend die Ortschaften: Leuna, Rössen, Göhlitzsch, Daspig, Gröllwitz, Kirchfährendorf, Spergau; b) Bezirk 5, umfassend die Ortschaften: Meuschau, Venenien, Collenbey nebst Gutsbezirk, Burgliebenau nebst Gutsbezirk, Lössen nebst Gutsbezirk, Löpitz nebst Gutsbezirk, Gutsbezirk der Oberförsterei Schkeuditz, Trazarth nebst Gutsbezirk, Kriegsdorf nebst Gutsbezirk, Wallendorf, Pretzsch, Wegwitz nebst Gutsbezirk, Zöschen nebst Gutsbezirk, Zscherneddel, Zweimen-Göhren, Döllau nebst Gutsbezirk, Zschöchergen, Kötzschlitz nebst Gutsbezirk, Maßlau, Horburg, Möritzsch, Kleinliebenau nebst Gutsbezirk, Raßnitz, Wegmar nebst Gutsbezirk; c) Bezirk 9, umfassend die Ortschaften: Röglitz, Oberthau nebst Gutsbezirk, Ermlitz, Rübsen nebst Gutsbezirk, Wehlitz, Beuditz, Ennewitz, Cursdorf, Altscherbitz, Papitz, Gutsbezirk Modelwitz.

19. Wahl eines Beisitzers zum Kreismieteinigungsamt.

19a. Wahl von 5 Mitgliedern in den Ausschuß, der über die Verwendung des Ertrages der von den nicht kreisfreien Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken erhobenen gemeindlichen Zuschläge zur staatlich veranlagten Gebäudesteuer als Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues Beschluß zu fassen hat.

20. Entscheidung über die Besetzung des Landratsamtes gemäß § 74 der Kreisordnung (Ausübung des Vorschlagsrechtes).

Versammlung des Einheitsverbandes der Kriegsbeschädigten.

* Unter äußerst zahlreicher Beteiligung hielt die Ortsgruppe Merseburg des Einheitsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener ihre Dezember-Monatsversammlung ab. Mit lebhafter Entrüstung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß nach dem neuen Erlasse des Reichsarbeitsministers über Teuerungszulagen alle im Erwerbsleben stehenden Beschädigten und Hinterbliebenen eine solche nicht erhalten. Das bedeutet in der Praxis eine Bestrafung aller derer, die mit der ihnen verbliebenen Arbeitskraft, bei den Frauen häufig trotz großer Kinderzahl, versuchen sich selbst zu ernähren und eine Belohnung derjenigen, die trotz des energischen Zuspruchs ihrer Kameraden einfach lieber betteln als arbeiten. Damit wird in den Kreisen der Kriegsopfer ein Unlust zur Arbeit erzeugt, die keineswegs im Interesse der Volksgesamtheit liegt.

Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen verkennen nicht die schwierige Finanzlage des Reiches: sie verkennen auch nicht die allgemeine Notlage weiter Kreise unseres Volkes. Sie glauben aber zu ihren Forderungen ein ganz besonderes Recht zu haben, denn der Verursacher all ihres Unglückes ist der Staat. Nach armenrechtlichen Gesichtspunkten darf hier nicht verfahren werden.

Diese Notwendigkeit scheint allerdings noch nicht allen mit der Fürsorge betrauten Stellen klar zu sein. Wenn allmählich die anfänglichen Klagen über die neueingerichtete Fürsorgestelle bei der Stadt seltener werden, so muß umso lebhafter gegen die Handhabung der Fürsorge im Landkreise Merseburg protestiert werden. Es ist Tatsache, daß die vom August d. M. ab zu gewährenden Ueberteuerungszuschüsse bis heute noch nur teilweise gezahlt sind: es ist auch Tatsache, daß durch Verschulden der Fürsorgestelle (?) die meisten Hinterbliebenen des Landkreises noch nicht die Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz beziehen, das seit dem 1. 4. 20 wirksam ist. Lebhafte Klage wird auch über die Langsamkeit des Geschäftsganges und den Bürokratismus unserer städtischen Behörden geführt.

In Zukunft sollen jeden Dienstag von 6—7 Uhr in der Geschäftsstelle des Gaues, Gotthardtstr. 22, Beratungsstunden stattfinden. Nach Besprechung einer Reihe sozialpolitischer und organisatorischer Fragen wurde die Versammlung mit dem Wunsch auf eine bessere Zukunft geschlossen. B

Bücherbude des Jugendringes auf dem Weihnachtsmarkte.

* Vergeßt nicht, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen! Ihr findet dort in diesem Jahr etwas ganz Neues: eine Bücherbude des Jugendringes Merseburg, mit lauter guten, geschmackvollen Büchern. Es ist für jedes Alter etwas Passendes da, das gewiß gefallen wird. Gibt es doch keine größere Weihnachtsfreude, als mit einem schönen Buche unter dem Tannenbaum zu sitzen und zu lesen. Darum: vergeßt nicht, zur Bücherbude zu kommen!

Die Margarine wird billiger.

* **Auf Vorschlag der Preiskommission des Margarineverbandes werden die Preise für Margarine ab 14. Dezember ab Lager für die verschiedenen Sorten auf 21 bis 27 Mark das Pfund (Kleinhandelspreis) ermäßigt, wozu noch die üblichen Handelszuschläge kommen.**

Neuregelung der Pfarrgehälter.

* **Die „Deutsch-Evangelische Korrespondenz“ schreibt: „Die Verhandlungen des evangelischen Oberkirchenrates in Berlin mit der preußischen Staatsregierung sind jetzt abgeschlossen. Danach werden die Dienst- und Versorgungs-Bezüge der Geistlichen, Ruhestandsgeistlichen und Pfarrhinterbliebenen mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab der neuesten für die unmittelbaren Staatsbeamten der Gruppe 10 eingeführten Reglung im wesentlichen angepaßt. Die Auszahlung sofortiger Vorschüsse auf die Mehrzahlungen ist bereits im Gange. Der ungeheure Kostenbedarf dieser Maßnahme stellt alle Organe der Kirche vor die Aufgabe größtmöglicher Ausnutzung des kirchlichen Vermögens, namentlich des Grundbesitzes, wie der kirchlichen Steuerkraft. Wenn nicht das Verständnis für die Unentbehrlichkeit dieser Selbstanspannung für die Gesamtheit des Pfarrerstandes Allgemeingut aller Beteiligten wird, müßte die dauernde Durchführbarkeit der neuesten Reglung zweifelhaft werden.**

Umsatzsteuer.

* **Nicht selten teilen Händler, insbesondere Viehkommissäre und Gemüsegroßhändler, ihren Lieferanten, zumeist Landwirten mit, die Umsatzsteuer werde von ihnen entrichtet werden. Bisweilen kürzen sie sogar den Lieferanten den Betrag der Umsatzsteuer von dem Kaufpreise, obwohl dies in § 12 des Umsatzsteuergesetzes ausdrücklich für unzulässig erklärt ist.** Die Lieferanten können dadurch in den Glauben versetzt werden, daß sie von diesen Lieferungen Umsatzsteuer nicht zu entrichten brauchen. Diese Annahme ist jedoch irrig. Jeder, der in seinem Gewerbe eine Lieferung gegen Entgelt ausführt, hat selbst dafür die Umsatzsteuer zu entrichten ohne Rücksicht darauf, ob sein Abnehmer für die Weiterveräußerung der Ware seinerseits wiederum Umsatzsteuer zu zahlen hat, und er wird dies bei seiner Preisbildung berücksichtigen müssen, um sich vor Schaden zu bewahren, der ihm dadurch entstehen kann, daß er später Steuer zahlen muß, mit der er nicht gerechnet hatte. Wer es unterläßt, das Entgelt für irgend welche Lieferungen in seiner Umsatzsteuererklärung anzugeben, setzt sich der Gefahr aus, wegen Steuerhinterziehung belangt zu werden.

Warenaustausch zwischen Industrie und Landwirtschaft.

* Ueber die Frage des vom Landbund Provinz Sachsen angeregten Austausches von Produkten der Landwirtschaft und Industrie fand gestern nachmittag wieder eine eingehende Besprechung im Hause der Landwirte in **Halle** statt, zu der sich Vertreter des Landbundes, der Kali-, Stickstoff- und Kohlenindustrie mit denen der Arbeiterschaft unter dem Vorsitze von Professor **Wolff**, dem Leiter des Statistischen Amtes, Halle, zusammengefunden hatten. Nach eingehender Beratung kam man dahin überein, den bisherigen Vorschlag eines direkten wechselseitigen Austausches von Landwirtschafts- und Industrieprodukten unter Festlegung einer festen Tauschgleichung auf längere Zeit zunächst **fallen zu lassen**, gegen den vor allem von der Industrie gesetzliche Bedenken in Anbetracht der noch bestehenden Zwangsbewirtschaftung ihrer Produkte geltend gemacht wurden und dem auch die Arbeiterschaft wegen eines Auswachsens zur Naturalwirtschaft (Skepsis) gegenüberstand. Man kam vielmehr nach einem Vorschlage aus der Versammlung heraus zu dem Resultat, es solle versucht werden, einen Ausgleich dadurch herbeizuführen, daß die Spitzenorganisationen der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit denen der **Konsumgenossenschaften** Abschlüsse zur Belieferung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter Miteinbeziehung der Industrie durch gleichzeitige Versorgung mit ihren eigenen Produkten (Kohle, Kali, Stickstoff) möglichst unter Einhaltung bestimmter Preise, — vielleicht mit gleichem Steigerungsfaktor bei fortschreitender Teuerung — angestrebt werden soll. Diesem Gedanken folgend, wurde an Professor Wolff die Bitte gerichtet, dem Reichswirtschaftsminister über die Verhandlungen Bericht zu geben und um Einberufung einer Konferenz der beteiligten Spitzenorganisationen in Berlin zu bitten. Gleichzeitig wurde eine Kommission vorgeschlagen, die das hieraus sich ergebende Resultat im Bezirk der Provinz in positive Arbeit umwerten soll.

Deutsche Schulbücher heraus!

* Vor kurzem brachten wir einen Aufruf betreffend die Sammlung von deutschen Büchern für die uns entrissenen Gebiete von Westpreußen und Posen. Es fehlen dort Lern- und Lehrmittel für die deutschen Schulen. Darum sammelt Schulbücher! Schulbücher aller Art für Volksschulen und höhere Schulen, von der Fibel bis zur lateinischen und griechischen Grammatik. Auch Gesangbücher und vor allem deutsche Geschichts- und Lesebücher sind willkommen. Der in den geraubten Gebieten vorhandene Vorrat an deutschen Schulbüchern ist bald erschöpft gewesen: neue dürfen weder eingeführt noch gedruckt werden, daher der jetzige Mangel an ihnen. Dazu kommt noch die gewaltige Not der dortigen Deutschen, und die Preise sind riesig gestiegen. Hier handelt es sich um eines der heiligsten Güter der Menschen, um die Erhaltung der Muttersprache bei vielen Tausenden von deutschen Kindern. Die deutsche Jugend in Posen und Westpreußen soll und muß deutsch bleiben. Heißt dazu, ihr deutschen Frauen, Männer und Kinder, laßt unsere deutschen Landsleute und Kinder im geraubten Lande nicht im Stiche. Der Vaterländische Frauenverein für Merseburg-Stadt hat die Sammlung der Bücher in die Hand genommen; Sammelstelle ist bei Frau Selma Dobkowitz, Entenplan. Die Bücher werden nach Danzig gesandt und dort von fachmännischer Seite auf die bedürftigen Gebiete verteilt. **Eile tut not! Gebt, gebt bald!**

Ein neues Staubecken in Thüringen.

* Zwischen der Stadt Leutenberg, den Industriellen des Sormitztales und Wasserbautechnikern finden gegenwärtig Verhandlungen statt wegen der Errichtung eines Staubeckens im Sormitztal, um dadurch die thüringische Industrie mit Strom zu versorgen. Man hofft mit der Ausführung bald beginnen zu können. — Das Projekt der Okertalsperre ist seiner Verwirklichung schon um einen bedeutenden Schritt näher gerückt, indem das Reich in Goslar ein Talsperrenamt eingerichtet hat, welches die weitere Durchführung der für die Harzer Industrie überaus wichtigen Kraftanlage übernehmen soll.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Schwere Schießerei zwischen Flurhütern und Dieben.

** **Halle**, 15. Dez. (Eig. Drahtber.) In der vergangenen Nacht kam es in Dobbien zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Flurwächtern und Getreidedieben, die sich zur Wehr setzten. Es entwickelte sich eine Schießerei in deren Verlauf der Arbeiter Elmentaler erschossen wurde. Ein Komplize desselben wurde so schwer verletzt, daß er sich gefangen geben mußte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211215-19/fragment/page=0002
DFG

Letzte Depeschen

Die Gehaltsforderungen der Beamten vom Reichskanzler abschlägig beschieden.

Berlin, 15. Dez. (Eig. Drahtber.) Der Reichskanzler Dr. Wirth hat gestern auf die von den Spitzenorganisationen der Beamten am 3. Dezember eingereichten Forderungen für eine neuerliche Verbesserung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter geantwortet, daß es nicht möglich sei, diese Forderungen als Grundlage für neue Verhandlungen anzusehen. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß diese Forderungen eine neuerliche Belastung der Steuerzahler mit der Summe von 50 Milliarden Mark bedeuten würde.

Der Dollar 179.

Berlin, 15. Dez. (Eig. Drahtber.) Der Dollar steht heute mittag 179 Brief.

Ein neuer Aderlaß Danzigs zugunsten Polens.

Danzig, 15. Dez. Der Internationale Verteilungsausschuß für das ehemalige deutsche Staatsgut in Danzig hat eine Entscheidung gefällt, wodurch den Polen das gesamte Gerät und Werkgerät der ehemaligen Danziger Gewehrfabrik, die früher zur Herstellung von Waffen gedient hat, zugeteilt wird, ganz gleich, ob dieses Gerät früher für andere Zwecke gedient und umgewandelt worden ist. Mit inbegriffen sind die zur Herstellung dienenden Maschinen, die Maschinen zur Herstellung von Ersatzteilen, die Motoren, Dynamos und Depots. An die Freistadt Danzig fallen die Gebäude sowie alle eingebauten Einrichtungen oder Maschinen.

Krieg zwischen Peru und Chile?

Buenos Aires, 14. Dezember. Nachrichten aus La Paz besagen, daß die peruanischen Truppen die Grenze von Chile überschritten, und daß bei Moquegua Zusammenstöße stattgefunden haben, an denen 7500 Mann beteiligt waren.

Die Speyerer Kommunisten verurteilt.

Frankenthal, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht) Nach 3tägigen Verhandlungen hat das Schwurgericht das Urteil gegen die 14 Kommunisten gefällt, die den Sturm auf das Regierungsgebäude in Speyer unternahmen. Vier der Angeklagten wurden freigesprochen, 10 andere zu Strafen von vier bis acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein großes Keglerheim.

** **Halle**, 14. Dezember. Das älteste Hallesche Gartenlokal, das „Paradies," das im Jahre 1276 gegründet wurde und ein vielbesuchtes Studentenlokal ist, wurde zu einem Preise von 360 000 Mark von dem Lokalverband der Halleschen Keglervereine angekauft, die es zu einem großen Keglerheime ausbauen wollen.

Bad Kösen vor dem Konkurs.

** **Kösen**, 14. Dezember. In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung in Bad Kösen wurde die durch die Zeitverhältnisse herbeigeführte ungünstige Finanzlage der Stadt besprochen. Von einem Stadtverordneten wurde zum Ausdrucke gebracht, daß die Stadt finanziell erheblich schlechter dastehe, als die Nachbarstädte. Kösen werde schließlich doch gezwungen sein, dem Löbejüner Beispiele zu folgen. Bürgermeister Schubert entrollte ebenfalls ein trostloses Bild über die Finanzaussichten der Stadt. Bei den folgenden Erörterungen, die teilweise sehr erregt waren, wurden verschiedene Ansichten geäußert, wie den finanziellen Schwierigkeiten abgeholfen werden könnte. Es wurde beschlossen, die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auf 900 Prozent ab 1. April dieses Jahres zu erhöhen.

Schändlicher Ueberfall.

** **Buttstädt**, 13. Dez. Im benachbarten Großneuhausen wurde der als Einsiedler bekannte August Kubald von drei Banditen im Alter von 20 bis 30 Jahren überfallen. Der Mann wurde geknebelt und ihm ein Tuch in den Mund gesteckt. Mit den Worten, seinen „Mist" (Geld) herauszugeben, wurde K. aufgefordert, was aber dem Alten unmöglich war, da er fast nichts besitzt. Nach Durchstöbern und Umwälzen aller Gegenstände mußten die Räuber mit einer Ma[illegible]wurst, einer Zervelatwurst und 30 Mark Bargeld abziehen. Am anderen Morgen hörten Vorübergehende ein Jammern, fanden den alten Mann am Boden liegen und b[illegible] ihn von seinen Fesseln.

Aus Provinz und Reich

Raubmordverdacht.

† **Eilenburg**, 14. Dez. In der Deutschen Zelluloid-Fabrik wurde der dort seit einigen Tagen beschäftigte Arbeiter Otto Hofmann aus Pehritzsch verhaftet, weil er in dringendem Verdachte steht, den in voriger Woche an der Ehefrau Henze in der Roitzscher Heide begangenen Raubmord begangen zu haben.

Der neue Landrat des Kreises Torgau.

† **Torgau**, 13. Dezember. Der Kreistag wählte in seiner letzten Sitzung den Kreisausschuß-Obersekretär Grampe mit 12 von 24 Stimmen zum Landrat des Kreises Torgau an Stelle des nach Hannover versetzten Dr. Gereke. Der bisherige kommissarische Landrat Regierungsrat Drews in Berlin erhielt fünf Stimmen und der kommunistische Landtagsabgeordnete Menze, Halle, sieben Stimmen.

Große Warendiebstähle.

† **Apolda**, 14. Dezember. Während es noch nicht gelungen ist, der Verbrecherbande habhaft zu werden, die in zahlreichen Fällen Wolle und Kunstseide bei ihren nächtlichen Raubzügen in den Fabriken im Werte von vielen Hunderttausenden erbeutet hat, kamen in einem Betriebe fortgesetzt Warendiebstähle vor, bei denen es sich infolge ihrer Häufigkeit auch um sehr große Summen handelte. Die Geschäftsleitung war ratlos, da sich trotz schärfster Beobachtung nichts ermitteln ließ. Die Aufklärung war einem Zufalle vorbehalten. Unter den zahlreichen Arbeitern von hier und den Nachbarorten befanden sich auch zwei aus Bad Kösen, die plötzlich nicht mehr in der Fabrik erschienen und dadurch derartigen Verdacht erregten, daß man sich zu einer Haussuchung entschloß, die ein sehr reiches Lager der teuersten Jacketts zutage förderte, das gestohlen war. Inzwischen sind noch vier weitere Diebe aus Apolda ermittelt, die mit den Kösenern gemeinsam einen lohnenden Handel nach außerhalb betrieben hatten.

Streik im Siegerländer Bergbau.

† **Siegen**, 15. Dez. Aus Kreisen des Siegerländer Bergbaus wird mitgeteilt, daß die Belegschaften der meisten Siegerländer Gruben ohne das Ergebnis der am heutigen Donnerstag in Berlin stattfindenden Verhandlungen, betreffend Lohnerhöhungen, abzuwarten, in den Streik getreten sind. Da auch der Versand ruht, so dürfte der Weiterbetrieb einer Anzahl Hochofenwerke in Frage gestellt sein, zumal diese über Erzvorräte nicht verfügen.

Verhaftung eines Posträubers.

† **Zella-Mehlis**, 13. Dez. Von der Polizeibehörde wurde bei einer Durchsuchung im Hause eines Schlossers, der in den Mercedes-Werken beschäftigt war, ein Teil des am 1. Dez. aus einem Posthandwagen entwendeten Geldbetrages in Höhe von 115 913 M aufgefunden. Der Schlosser und dessen Braut wurden in Haft genommen.

Frecher Raubüberfall.

† **Dresden**, 14. Dez. In der Leubnitzer Straße wurde an der Kaufmannsfrau Kröger ein frecher Raubüberfall verübt. Ein junger Mann, der sich bereits kurz vorher nach dem Kaufmanne erkundigt hatte, kehrte bald darauf zurück und versuchte, mit einem langen Dolchmesser auf die Frau einzudringen, verletzte sie aber nur an der Hand, denn sie schrie laut um Hilfe, so daß der Verbrecher entfloh. Er wurde aber bald eingeholt und festgenommen. In einer Tasche fand man auch noch eine Schlinge!

Leipzigs Vergrößerung beschlossen.

† **Leipzig**, 15. Dez. Die Leipziger Stadtverordneten stimmten in ihrer Sitzung am Mittwoch abend der Einverleibung der vier Gemeinden Großzschocher, Leutzsch, Paunsdorf und Wahren zum 1. Januar 1922 in die Stadt Leipzig zu. Damit erhält die Stadt Leipzig einen Flächenzuwachs von 1978 Hektar; die Einwohnerzahl beträgt alsdann nach dem Fortzählungsergebnis etwa 650 000.

Bestrafter Wucher.

† **Dresden**, 15. Dez. Wegen verbotenen An- und Verkaufs von Braugerste zu Wucherpreisen hatte sich der Direktor der Dresdener Felsenkeller-Brauerei Klapp und acht Genossen vor dem Dresdener Landgericht zu verantworten. Es waren ungefähr 3000 Zentner Gerste auf verbotene Weise angekauft worden. Die Angeklagten wurden, mit zwei Ausnahmen, zu Geldstrafen von je 15 000 bis 50 000 Mk. verurteilt. Außerdem wurde der Uebergewinn in Höhe von etwa 17 000 Mk. für eingezogen erklärt.

Unter den Rädern eines Eisenbahnzuges.

† **Berlin**, 15. Dez. Gestern abend wurde auf dem Ueberweg in Klm. 97,9 der Strecke Lübbenau—Calau das Fuhrwerk des Landwirts Otto Mudrick aus Plieskendorf bei Calau vom Personenzuge 923 überfahren und Mudrick schwer verletzt. Mudrick wurde nach Anlegung eines Notverbandes mit dem nächsten Zuge in das Städtische Krankenhaus übergeführt.

Die Sühne für den Bürgermeistermord.

† **Frankfurt**, 15. Dez. Die Schwurgerichtsverhandlung in Heidelberg gegen Leonhard Siefert, der des Doppelmordes an dem Oberbürgermeister Busse aus Herford in Westfalen und an dem Bürgermeister a. D. Werner beschuldigt ist, wurde auf den 16. Januar festgesetzt. Für die Verhandlung sind vier Tage in Aussicht genommen. Obgleich kaum ein Zweifel besteht, daß Siefert der Mörder ist, leugnet er immer noch hartnäckig.

Die schwarze Schmach.

† **Frankfurt a. M.**, 15. Dez. Wie der „Frankf. Ztg." gemeldet wird, nehmen die Belästigungen von Damen durch Angehörige der farbigen Truppen in der letzten Zeit wieder in beängstigender Weise zu. So wurden an einem einzigen Tage in Mainz in der Umgebung des Bahnhofs kurz nacheinander drei Damen von marokkanischen Soldaten angefallen.

Rettung Schiffbrüchiger.

† **Bremen**, 13. Dezember. Die Rettungsstation Prerow der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 9. Dezember von dem Schoner Hans aus Hamburg, Kapitän Kosow, mit Roheisen von Lübeck nach Ystad bestimmt, am Weststrande gestrandet, drei Personen gerettet durch Raketenapparat der Station.

Beisetzung der Opfer in Saarwellingen.

† **Saarlouis**, 14. Dezember. (Telegramm.) Hier fand unter Beteiligung einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge die Beisetzung von zehn Opfern der Explosionskatastrophe in Saarwellingen statt. Alle Gemeinden der nahen und ferneren Umgebung und die Behörden waren durch Abordnungen vertreten. Die französischen Saartruppen hatten eine Ehrenkompagnie gestellt.

Neue Fasciften-Untaten.

† **Cremona**, 13. Dezember. Ein Automobil mit vier Sozialisten wurde von mehreren Personen angehalten, die mit Stöcken auf die Insassen einschlugen, von denen einer getötet wurde. Nach Blättermeldungen waren die Täter Faszisten.

Im Alter von 125 Jahren gestorben.

† **Santiago de Chile**, 12. Dezember. Aus dem kleineren Orte Remgo wird das Ableben einer Frau im Alter von 125 Jahren gemeldet, die bis zuletzt ihre vollen Geisteskräfte besaß.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Berliner Viehmarkt vom 14. Dezember.

Amtlicher Bericht. Auftrieb 1292 Rinder, 1660 Kälber, 2485 Schafe, 7232 Schweine, 143 Ziegen, 783 Schweine aus dem Memelgebiet, 77 aus Litauen. Preise: Ochsen 675—1100, Bullen 700—1000, Kühe 475—1000, Kälber 700—2100, Schafe 460—850, Schweine 1100—1800. Handel bei Rindern, Kälbern und Schafen glatt, bei Schweinen ruhig.

Berliner Fettmarkt vom 14. Dezember.

Butter: Veranlaßt durch das stille Geschäft, sowie die etwas größeren Eingänge frischer Butter, mußten die Preise weichen. Die heutigen amtlichen Notierungen sind: 1. Qual. 40, 2. Qual. 35—37, abfallende Ware 30—32.

Margarine: Die Preise sind abermals um 5 M pro Pfund ermäßigt worden.

Schmalz: Die Preisschwankungen haben angehalten. Während der Markt, beeinflußt durch die Devisenrückgänge weiter matt war, trat am Dienstag ein Tendenzumschwung ein. Es entwickelte sich eine sehr lebhafte Kauflust, welche durch die Steigerung des Dollars begünstigt wurde. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 23, Pure Lard in Tierces 24,60, do. in klein. Packungen 24,75, Berliner Bratenschmalz 24,50.

Speck: Mäßige Nachfrage. Gesalzener Rückenspeck notiert 23 M.

Berliner Häute-Auktion.

Die Auktion wurde heute fortgesetzt. Zur Versteigerung kamen 3206 Fresserfelle, 35 135 Kalbfelle, 65 147 Schaffelle. Der Besuch war wieder sehr gut, wenn auch nicht alle Erschienenen als Käufer anzusehen sind. Die Preise gingen auch heute wieder recht erheblich zurück und zwar bei Kalbfellen um 40—45 Prozent bei Schaffellen, wo die ersten Gebote der Auktionsleitung zu niedrig waren, und die Auktion auf kurze Zeit ausgesetzt wurde, nach kurzer Beratung aber fortgesetzt wurde, ebenfalls bei den ersten Losen Abschläge um die 40 Prozent herum. Für das Berliner Gefälle wurden erzielt: Kalbfelle bis 9 Pfund ohne Kopf 36.50 (57), do. mit Kopf 31032.20 (56—56.70), do. über 9 Pfund ohne Kopf 36,40 (56.80), do. mit Kopf 31.10—31.25 (56—56.80). Auswärtige bis 9 Pfund ohne Kopf 31.10—33.10 (56.60), do. mit Kopf 26—31 (51—56), do. über 9 Pfund ohne Kopf 34.30 (55,10), do. mit Kopf 27.90—31.10 (53—55.10). Fresserfelle bis 20 Pfund 22—24 (39.40). Roßhäute große 351—598 (420 bis 940). Preise pro Pfund. Bei Roßhäuten pro Stück.

Devisenschwankungen.

Berlin, 14. Dez. Dollarnoten, die gestern in Rückwirkung auf ihre vorausgegangene starke Abschwächung zeitweilig bis auf 190 M angezogen hatten, setzten in den heutigen Vormittagsstunden mit 169 M ein, um sich späterhin bis auf 177 zu befestigen. Es stellten sich ferner: englische Pfundnoten auf 735—740, holländische Guldennoten auf 6400—6450, schweizerische Frankennoten auf 3400—3450 M, französische Franknoten auf 1410—1450 M, belgische Noten auf 1355—1375 M, italienische Lirenoten auf 820—840 M, rumänische Leinoten auf 145 M, deutsch-österreichische Noten auf 3.60 M, ungarische Noten auf 25.50 M und polnische Noten auf 5,65.

Gegen 2 Uhr stellten sich Dollarnoten wenig verändert auf 177,50 M.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 14. Dez. Auf die Befestigung am Devisenmarkt, die aus Nordamerika gemeldete Verschlechterung der Mark, schien die Provinz zurückhaltender geworden zu sein, was hier jedoch auf das Geschäft im allgemeinen ohne wesentlichen Einfluß geblieben ist. Bei Hafer, Mais und anderen Futterstoffen beschränkte sich das Geschäft fast ausschließlich auf die Deckung des augenblicklichen Bedarfs, nur ganz besonders günstige Angebote führten ebenso wie bei Roggen zu Abschlüssen. Weizen fand geringe Beachtung. Der Absatz von Mehl hatte keine Besserung erfahren. Braugerste war wieder nur in feinster Beschaffenheit unterzubringen. Die Umsätze von Oelsaaten hielten sich bei kaum veränderten Notierungen in sehr engen Grenzen.

Notierungen vom 14. Dezember. (Nichtamtlich.) Langstroh 30—32, Weizen- und Roggenpreßstroh 33—35, Haferpreßstroh 43—46, Maschinenstroh 24—26, Häcksel 40—42, Wiesenheu 90—98, Feldheu 106—108, Wicken 320—330, Kokosnußkuchen 298—305, Erdnußkuchen 392—404, Palmkernkuchen 290—302 für 50 Kg., Torfmelasse 111—115, Weizenkleiemelasse 185—190, Biertrebermelasse 190—198, Haferschalenmelasse 160—170, Palmkernschrotmelasse 185—190 für 50 Kg. einschl. Papiersack. Alles ab Verladestation.

Vermischtes.

Ohrring-Moden.

† Lange, tief herabhängende Ohrringe sind gegenwärtig sehr modern und unterstreichen die orientalische Note, die in den neuesten Toiletten hie und da anklingt. Für brünette Damen sind besonders Smaragden und Jet-Ohrringe sehr kleidsam, denn ihre Farben heben sich pikant von dem Weiß des Teints ab. Der blauäugigen Schönen, besonders wenn sie den „Kornblumenton" besitzt, stehen am besten Ohrringe mit Saphiren. Junge Mädchen tragen nicht mehr so häufig Ohrringe, wie es früher der Fall war, aber der Frau von 30 Jahren verleiht ein solches schlankes Ohrgehänge Würde und Anmut, und sie darf auch kostbaren Schmuck anlegen, so daß von den rosigen Ohrläppchen ein Gefunkel von Diamanten erstrahlt. Perlen werden ebenfalls meistens in der herabhängenden Form verwendet. Schwarze Perlen scheinen selten und sind auch bei Ohrringen nicht kleidsam. Neben der schmalen Form erscheinen auch runde Ohrringe, und zwar trägt man sie zusammen mit den Diamantringen, die von reiferen Frauen auf dem Mittelfinger angelegt werden. Die runden Ohrringe, die früher das übliche waren, haben aber jetzt eben eine mehr exotische und ungewöhnliche Note und werden hauptsächlich von Damen verwendet, die das Pikante ihrer Erscheinung unterstreichen wollen.

Aus dem Miesbacher Anzeiger.

Zu dem Berliner Ministerialerlaß, der das gut deutsche „Knecht" durch — Landwirtschaftsgehilfe ersetzt, bringt der bekannte Miesbacher Anzeiger folgende Verse:

Juchhu und juchhe!
Sepp host a Idee?
A Minister z' Berlin
Hot wos ganz G'scheits im Sinn,
Der hot uns ernennt,
Kreuzteufi Element — —
Sankt Leonhard hilf,
Zum Landwirtschaftsg'hilf.
Du dös is net schlecht.
Jetzt waar i koa Knecht,
Vielleicht wer i am End
Landwirtschaftsassistent.
Oder gar akrat
Landwirtschaftsrat!
Vielleicht werd da Hilari
Landwirtschaftssekretari.
Und der Hintermoar Lenz
Landwirtschaftsexzellenz!
Aber was is mit da Dirn?
Tut dö net avanzieren?
D' Wahn draus im Stol
Werd Rättin auf jed'n Fol.
Und dö Mirl, dö erst Dirn,
Du, dös hat a g'scheits Hirn,
Das is a Kapazität,
Dö werd Landwirtschaftsmajestät!
Dö Freud — Seppl schau,
Glei jatz mach ma blau,
Da Minister sol leb'n,
Der hot im Hirn a Ziwebn.
Juchhu und juchhe!
Aba dö tuat net weh,

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: Dr. Hahlo. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Baltz. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211215-19/fragment/page=0003
DFG

Familien-Nachrichten.

Geboren. 1 Tochter, Rudolf Spiegler u. Frau Else, geborene Koch, Thalwinkel; 1 Sohn Dieter Otto Biehler u. Fr. Marie, geb. Schuchert, Weißenfels.

Vermählt. Hermann Luckert mit Elisabeth Beae, Leimbach; Willy Heyde mit Hedwig Rockstroh, Ebersroda; Lehrer R. Krippstädt mit Ida Ziller, Deuben; Albert Herbicht mit Lina Vogel, Lichter b. Richard Nagel mit Anna Kubitza, Trebnitz.

Gestorben. Rentier Julius Bischoff, 81 Jahr, Naumburg; Charlotte Eichentopf, geb. Noack, 35 Jahr, Naumburg; Anna Hoppe, geborene Weidenhammer, 46 Jahr, Naumburg; Hallenmeister Franz Degen, 6. Jahr, Weißenfels; Ilse Schubert, 3 Jahr 2 Mon., Schkeuditz; Gastwirt Karl Rudolf, Merseburg; Gärtner Max Hesse, 24 Jahr, Merseburg.

Makulatur hat abzugeben Merseburger Tageblatt

Empfehle meine frische

Tafel-Margarine 27.00 25.00 Pfd. **23.00**

Pa. Schweineschmalz		Pfd.	28.00
Ia Backöl		Pfd.	24.00
Weiße Bohnen	Pfd. 6.00	5.50	4.80
Voll-Reis	Pfd. 8.00	7.00	6.00
Haferflocken		Pfd. 6.00	4.80
Holl. Fettheringe		Stck. 1.75	1.50
Feinster Zuckerrübensaft		Pfd.	4.50

Feinste Marmeladen und Pflaumenmus
Diverse neue Konserven und Früchte

Zur Weihnachtsbäckerei empfehle sämtliche Zutaten zum billigsten Tagespreise.

Baumbehang . . . 1/4 Pfd. 5.00 und 3.50
Baumnüsse, gesunde Ware . . . Pfd. 19.00
Haselnüsse, gesunde Ware . . . Pfd. 22.00

Feinster Kognak, Weine und Liköre, auch in kleinen Flaschen, preiswert.

Zigarren. Zigaretten. Tabak.

Lebensmittel-Zentrale
Otto Dorn Nachf.
Markt 7. **Merseburg.** Tel. 414.

Als willkommene Weihnachtsgeschenke empfehle ich

Präsentkörbe in geschmackvoller Ausführung.
Gänseleberpasteten in versch. Größen.
Echt Nürnberger Lebkuchen, sowie **sämtl. Delikatessen. Weine, Sekte, Liköre** und **Konserven.**

Paul Schnabel Nchf.,
Delikatessen,
Leipzigerstraße 5 Telephon 1197.

Neuheit auf dem Weihnachtsmarkt vom 18. Dezember an.

Bücherbude
des Merseburger Jugendringes.

Gute, geschmackvolle Bücher!
Für jeden etwas Passendes da!
Vergeßt nicht zur Bücherbude zu kommen!

Merseburger Jugendring.

Gestrickte
Damen-Jacken
in Wolle und Kunstseide
Seidene Blusen
Wasch-Blusen
empfiehlt in reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert

H. Schnee Nachfl.
A. & F. Ebermann
Halle a. S. Gr. Steinstr. 34.

Freiwillige Auktion.

Sonnabend, den 17. d. Mts., vormittags 10 Uhr, versteigere ich im Gasthause „Zur Funkenburg" hier, öffentlich meistbietend gegen bar:

1 guterh. rotbr. Ripsgarnitur (Sofa, 3 Sessel, Sofatisch mit Ripsdecke); 1 kompl. neue Kücheneinrichtung (Schrank, Tisch, Stühle, Regale); 1 Schreibtisch mit Aufsatz, 1 Küchenschrank, Tische Stühle, 14 gr. und kl. Bilderrahmen mit Glas, 1 Spiegel, 1 Regulator, 1 Bettstelle mit Matr., 1 Waschtisch, 2 Waschständer, 1 Herrennähmaschine (gutgehend), gr. Hirschgeweihe, 1 guterhalt. Waschmaschine, 1 elektr. Krone, 1 Hänge- u. Stehlampe, verschied. Wirtschaftsgegenstände, sowie 1 Hobelbank, Sägen, Hobel, Schraubzwingen, Handwerkskasten u. -Zeuge f. Tischlerei; Schuhe, Kleidungsstücke, 1 Konzertzither, Puppenwagen, 1 Puppenbett, Kinderspielzeug.

Besichtigung ab 9 Uhr.

Albert Franke,
beeid. Auktionator und Taxator.

Was schenke ich?

Schreibutensilien in Marmor — Kristall — Porzellan —
Füllfederhalter
Luxuspapiere
Luxuslederwaren
Notgeld — Alben

Aug. Weddy, Halle
Leipzigerstr. 22 — Tel. 6390 und 4814.

Gustav Lude
Halle a. S., Merseburgerstraße 6
empfiehlt
Koffer :: Schultornister
Dauerhafte Damentaschen :: Portemonnaies
Rucksäcke :: Brieftaschen und Hosenträger

Weihnachts-Verkauf

Beleuchtungskörper
in geschmackvollster Ausführung.
Elektr. **Bügeleisen u. Kochtöpfe.**
Elektr. **Christbaum-Beleuchtungen.**
Taschenlampen
in großer Auswahl.

Landkraftwerke Leipzig
Verkaufsstelle: **MERSEBURG**, Gotthardtstr. 22.
TELEFON No. 221.

Puppen-Wagen
- in besonders großer -
Auswahl
in allen Ausführungen
zu sehr niedrigen Preisen.

Paul Ehlert Nfg.

Gute frische
Back-Butter
Allerfeinstes weißes
Schweine-Schmalz
in unbeschränkten Mengen zu billigsten Tagespreisen!

F. H. Krause
Gotthardtstr. 12.

Reelles Christl. Etagengeschäft!

Noch beste Gelegenheit billig zu kaufen.

Anzüge, Hosen,
Schlüpfer,
Paletots, Ulster

Käthe Thieme, Leipzig,
Sporergäßchen 10, 1. Stock.

An beiden Sonntagen vor Weihnachten geöffnet.

Platin
Gold, Silberbruch und Brillanten
kauft zu höchsten Preisen.
Rich. Voss,
Juwelier, Halle a. S.,
Leipzigerstr. 1 gegenüb. Drog. Helmbold & Co.

Braun.

[illegible]

C. Demme,
Naumburg. Straße 33.

Gebraucht. compl. sauberes **Bett** zu kaufen gesucht. Offert. u. P. P. 16 a. d. Exp. d. Bl.

Sehr beliebt
in allen Frauenkreisen u. in der Zeit der Kleiderknappheit besonders wertvolle Helfer sind:

das **Favorit-Moden-Album,** das **Jugend-Moden-Album,** das **Favorit-Handarbeits-Album,** Preis je Mk. 5.— postfrei Mk. 5.60 der **Internat. Schnittmanufaktur Dresden-N. 8.**

Nach Favorit-Schnittmustern zu schneidern ist sparsam und leicht. Alles sitzt u. zeugt v. Geschmack besonders zu empfehlen:

Köster, Der selbstgemachte Straßenschuh. Eine Anleitung z. Selbstherstg. von hohen Straßen- u. Halbschuhen aus Stoffresten u. Leder-Ersatzsohlen, nur 1.50 Mk., postfrei 1.70 Mk.

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose Katharre usw. **heilbar?** Verl. Sie kostenl. San.-Rat Dr. Weise's ausführl. Druckschrift. hierüber. **Dr. Gebhard & Cie., Berlin W. 35.** Potsdamer Straße 104.

Automatische Hauswasserversorgungen
sowie
alle anderen Arten von Pumpen Messing- u. Rotguß-Armaturen
fabrizieren und liefern billigst ab Lager

Brandt & Baranski,
Pumpenfabrik, Marktranstädt i. Sa.

Mit Kostenanschlägen und Preislisten stehen wir gern zu Diensten.

Bescheidenes kleines
möbl. Zimmer
sofort zu mieten gesucht. Angeb. u. G. R. 40 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Beamter sucht sofort
gut möbl. **Zimmer.**
Betten und Wäsche vorhanden. Off. u. Nr. 255/21 a. d. Exped. d. Blattes.

Durch frühzeitigen
Einkauf
keine Spesen und Verdienst kaufen Sie noch immer **kolossal billig**

Flausch-Mäntel,
entzückende
Seiden- und Woll-kleider, Morgen-röcke, Kostümröcke und Blusen
in allen Stoffen und Macharten

Im Spezialhaus für Damenmoden

Otto Stuht,
Leipzig,
Kolonnadenstr. 22.
Fachkundige Bedienung

Rheingold
Donnerstag den 15. Dezbr. 1921
Konzert der Stadtkapelle. Anschließend **Großer Ball.**
Beginn 7½ Uhr. Franke, Musikmeister.

Kleinkunst-Bühne
Neues Schützenhaus
Direkt.: H. Eilenberger.

Heute Donnerstag, den 15. Dez.
Grosser Ehren-Abend
des Herrn **Jens Nielsen** und
Abschieds-Abend sämtl. Künstler
Von morgen Freitag, den 16. Dezbr.
Programmwechsel

Jagdverpachtung.

Die Jagdnutzung der Gemeinde Niederwünsch ca. 2200 Morgen groß, wird

Mittwoch, d. 28 Dez. 1921 nachmittags 4 Uhr

im Feldmann'schen Gasthofe öffentlich meistbietend auf 6 Jahre neu verpachtet.

Bedingungen liegen bei dem Gemeindevorsteher zur Einsicht aus.

Niederwünsch, 14. Dez. 1921.

Der Jagdvorsteher.
Weber.

Stadttheater Halle.

Freitag, nachm. 3 Uhr: **Dornröschen.**
Abends 7½ Uhr: **Die Zeit wird kommen.**
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: **Dornröschen.**

Lichtbilder-Abend.

Zum Weihnachtslichtbilderabend am **Sonntag, d. 18. Dez.** abends 8 Uhr in der St. Viti-Kirche wird herzl. eingeladen.

Weihnachts-Woche!

Zu alten Preisen kaufen Sie noch
Schlüpfer
Anzüge
Hosen, Cutaw. u. Weste
:-: Gehrockanzüge :-:
— Ulster usw. —
bei

Baumgärtel, Leipzig,
Königsplatz 9,
neben Grassimuseum.

Bei Kauf vergüte ich Fahrgeld!

Sofort zu verkaufen:

Gasthof bei Aken, mit vollem Inventar, ca. 4 Morgen Garten, 8 Morgen Acker, 17 Morg. Holz u. Umland. Anz. 100000,- M. Gut im Kreise Schweinitz, mit vollem Inv. u. Vorräten, 7 Morgen Obstplantage, 20 Morg. Acker und Wiese. Anz. mind. 80000, M. Näheres bei

Albert Franke, Merseburg, Lindenstr. 11.

Gerberei-Lehrlinge
stellt für Ostern 1922 ein
Lederfabrik Vorwerk.

Achtung! Welche alleinstehende Dame od. Herr, würde sich z. 1. April 1922 mit achtbar. sauberen Eheleuten ohne Anhang in guten Verhältn. Wohnung teilen. Ehefrau würde ev. auch Haushalt zu führen ganz übernehmen. Offert. erbeten unter H. H. 22 an d. Geschäftsst. d. Blattes.

Möbl. Zimmer
mit elektr. Licht u. möglichst Mittagstisch sucht zum 28. 12. oder 1. 1. berufstät. Herr. Offert. u. K. 25 a. d. Expedition d. Blattes.

Ruhig. sol. Beamter sucht
möbl. Zimmer
ab 1. Januar 1922.
Offert. u. 259/21 an die Expedition d. Blattes.

Beilage zu Nr. 294 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag den 15. Dezember 1921

Warum?

Die Franzosen setzen das Geschäft, unsere sogenannten Kriegsverbrecher glücklicherweise in deren Abwesenheit, zu verurteilen, lustig fort. Das Reichsgericht ist ihnen zu unparteiisch, darum besorgen sie es selbst. So haben sie in diesen Tagen auch den General Müller zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Zum Glück hängen die Nürnberger keinen, sie hätten ihn denn.

Und was tut unsere Regierung um diesen fortgesetzten Angriffen auf die deutsche Ehre entgegen zu treten? **Nichts.** Sie hat die schönsten Gegenanklagen im Besitz, die ohne Zweifel besser begründet sind, als die giftigen Verleumdungen unserer Feinde, aber sie wagt nicht, damit heraus zurücken. Man will, nach Bethmannschem Rezept die Feinde wieder „nicht reizen". Ganz Deutschland, abgesehen natürlich von dem vaterlands- und ehrlosen kommunistischen Gesindel, verlangt, daß endlich, endlich den Feinden die Heuchelmaske vom Gesichte gerissen wird: unsere Regierung aber läßt unsere Ehre demütig weiter beschimpfen. Das kommt davon, daß sie sich eine rote Brille auf die Nase gesetzt hat, durch die die Welt natürlich wunderschön aussieht.

Auch die feierlich auf Deutschlands Rücken genommene Schuld am Kriege, läßt sie unser Volk weiter tragen, läßt es weiter stehen am Schandpfahl der Welt. Wir sind und bleiben in deren Augen daher ein Volk von Verbrechern, an Bildung und Sittlichkeit weit unter Negern und Gurkhas stehend. Man sollte meinen, die erste Pflicht einer Regierung wäre, Ansehen und Ehre ihres Volkes wieder herzustellen. Daß diese Pflicht seit drei vollen Jahren unerfüllt geblieben ist, ist eine so auffällige Tatsache, daß dafür ganz besondere Gründe vorliegen müssen. Zwar ist Professor Brandenburg beauftragt worden, die Lüge zu widerlegen, aber von den Ergebnissen der Arbeit dieses ausgezeichneten Historikers ist noch nichts bekannt geworden. Vielleicht ist er damit noch nicht fertig?

Es liegt der Verdacht nahe, daß die Regierung diese Waffe, die einzige, die wir noch besitzen, und die allein im Stande wäre, den durch das Versailler Schanddiktat geschürzten schier unentwirrbaren Knoten zu durchhauen, gar nicht gebrauchen will. Denn was wäre davon die Folge? Es würde sich ergeben, daß Deutschland im Rechte gewesen ist, als es den Krieg erklärte, daß es also Pflicht jedes Deutschen war, die damalige Regierung bis aufs äußerste zu unterstützen, anstatt ihr in den Rücken zu fallen. Alle die ihr gemachten Vorwürfe waren dann hinfällig, und die Revolution war dann ein Verbrechen. Das will man natürlich nicht eingestehen und läßt deswegen lieber jene schändliche Verleumdung auf dem deutschen Volke sitzen. Ist das aber nicht Verrat an diesem? Wenn nicht nun, warum werden uns nicht die Gründe bekannt gegeben, die ein solches Vorgehen verbieten? Dann könnte man darüber reden und die Regierung stände gereinigt da. So aber wird sie den Verdacht nicht los, deutsche Ehre und deutsche Interessen Parteivorteilen zu opfern.

Deutscher Reichstag

Berlin, 14. Dez. 1921.

Das Gesetz über die Postgebühren geht an den Postausschuß, das Gesetz über die Aenderung des Kohlensteuergesetzes, das die Kohlenabgabe auf 40 Prozent erhöht, bezeichnet

Abg. Koenen (Kommunist) als schamlos. Er protestiert gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern.

Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung, weil er das Gesetz den Gipfel der Schamlosigkeit genannt hat.

Nach kurzer weiterer Debatte wird das Gesetz dem 35. Ausschusse überwiesen. Es folgt das Gesetz über die Aenderung des Tabaksteuergesetzes.

Abg. Beyer (Kommunist) protestiert gegen die Vorlage. Auch Abg. Mehrhof (Unabh. Soz.) verlangt völlige Beseitigung der Zölle, wogegen Abg. Fischer, Baden (Deutschnational) den Schutz des heimischen Tabakbaues fordert. Die Vorlage geht an den 35. Ausschuß.

Das Gesetz über die Verlängerung des Kapitalfluchtgesetzes bis zum 31. Dezember 1922 wird an den Ausschuß verwiesen. Der Entwurf über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln geht an den Ausschuß. Zum Entwurfe über die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung betont der Reichsarbeitsminister, man brauche Zeit, um die Länder noch zu hören. Im Januar werde dann ein endgültiger Entwurf zu einem Wahlgesetze kommen. Der Entwurf wird in allen drei Lesungen angenommen. Das Gesetz betreffend Aenderung der Einkommensteuer geht an den Ausschuß. Das Gesetz über die Versicherungspflicht usw. in der Krankenversicherung wird in allen drei Lesungen angenommen. Der Entwurf über die fünfte Ergänzung des Besoldungsgesetzes (Ortsklassenverzeichnis) geht an den Ausschuß für Beamtenangelegenheiten. Es folgt die Weiterberatung der

Interpellation Stresemanns

über die Vorkommnisse in der Pfalz.

Abg. Berndt (Deutschnational) erkennt die deutschen Worte des Ministers des Innern zur Kennzeichnung der französischen Bestrebungen gern an, aber der Minister habe nicht gesagt, wie die Regierung sich dagegen zu wehren gedenke. Unsere bisherige Politik dient nur dazu, die Anmaßungen der Belgier und Franzosen zu schüren. Unsere Regierung muß die Sprache finden, die in der Welt widerhallt. — Aber unser Auftreten, als hätten wir uns zu entschuldigen, bestärkt geradezu die französische Lügenpropaganda. Wir müssen offensiv vorgehen, denn auch die Wahrheit steht uns zur Seite. Wir müssen sie offen bekennen. (Bravo rechts.)

Abg. Merckel (Unabh. Soz.): Die Großindustrie hat längst ihren Frieden mit Frankreich gemacht. Sie würde auch bei einer Besetzung des Ruhrgebietes verstehen, sich vor Schaden zu bewahren. Nur die Arbeiterschaft kann sich das Verdienst zuschreiben, dies Aeußerste noch verhütet zu haben.

Abg. Fries (Kommunist) bestreitet, daß eine innige Verbindung zwischen Franzosen und Kommunisten bestehe. Seine Partei lehne alle nationalistischen Bestrebungen ab, mögen sie aus Deutschland oder Frankreich kommen. Deshalb seien seine Freunde gegen die Loslösungsbestrebungen.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. Nächste Sitzung Donnerstag. Interpellation, Ortsklassenverzeichnis und kleine Vorlagen zum Ausschußbericht.

Preußischer Landtag

Berlin, 14. Dezember 1921.

Nach debatteloser Annahme der Verlängerung der Gesetze über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher wird die

zweite Beratung des Kultusetats

fortgesetzt.

Zum Kapitel Volksschulwesen fordert Abg. Simon (S.) die kollegiale Schulleitung. Volkshochschulen seien in jedem Regierungsbezirk errichtet worden.

Abg. Ottwald (Z.) erklärt, die katholische Lehrerschaft sei der Schulreform durchaus freundlich gesinnt.

Abg. Kirchhöffel (Dn.): Die Elternräte dürften nicht zur Vernichtung der freien Lehrerpersönlichkeit führen. Die Landschule bedürfe der eifrigsten Förderung.

Abg. Hollmann (DV.): Die Volksschule muß endlich von nicht ausgereift enüberstürzten Reformversuchen verschont werden. Die bisherigen Lehrerbildungsanstalten müßten abgebaut weredn.

Kultusminister Boelitz: Die Frage der zukünftigen Lehrerbildung war das A und O der ganzen Volksschulreform. Der Geist der Schule hänge ab von dem Geiste der Lehrerschaft. Der Lehrer kann also höheren Schulen durchlaufen und die Reife für die Universität erwerben. Die Frage der Fachausbildung ist nicht endgiltig geklärt. Zur Erteilung des Religionsunterrichtes soll kein Lehrer gezwungen werden. Man soll aber vor dem Erlaß des Reichsschulgesetzes nicht stürmisch zur Errichtung weltlicher Schulen schreiten. Die weltliche Schule mag mit dem Schulgesetz kommen, aber sie ist nicht mein Ideal. Versuchsschulen an sich stehe ich durchaus sympathisch gegenüber, aber nur solchen, die über die Ziele der Volksschule hinauswachsen. (Beifall.)

Der Etat wird nach den Ausschußanträgen angenommen. Die Etats der Zentralgenossenschaftskasse, der Staatsschuldenverwaltung und des Finanzministeriums werden vom Hauptausschuß zur unveränderten Annahme empfohlen.

Zum Etat der allgemeinen Finanzverwaltung beantragt der Ausschuß die Beschleunigung der Zurückzahlung der zuviel eingezogenen Lohnsteuern und Vorlegung einer Denkschrift über die in den besetzten Gebieten entstandenen Finanz- und Verwaltungsverluste.

Abg. Lödemann (S.) verlangt gründliche Ausschöpfung der den Ländern überlassenen Steuerquellen. Das sei wichtiger als die Suche nach neuen Steuern.

Abg. Dr. Kaebler (Dn.): Viele Steuerzahler kommen nicht dazu, ihre Steuern abzuliefern. Andererseits hapert es mit der Rückzahlung auf den Finanzämtern. Darin liegt eine Erschütterung der Steuerkraft.

Finanzminister Dr. v. Richter: Der nächste Etat 1922 ist dem Staatsrat schon zugegangen, der ihn bis zum 17. Januar erledigen dürfte. Dann wird der Etat 1922 dem Landtage spätestens am 20. Januar zugehen. Ernst und Sparsamkeit sind not. Wir kranken daran, daß die Verfassung zugeschnitten ist auf einen Einheitsstaat und nicht auf die Verhältnisse, wie wir sie tatsächlich haben. Die Freude am Reich ist durch die Weimarer Verfassung nicht gewachsen. In allen Verordnungen zeigt sich das Gegenteil. Der Deutsche baut von unten auf. Das ist in der Verfassung nicht beachtet. Auf Gemeinde und Land muß Rücksicht genommen werden. Reinliche Scheidung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist erstes Erfordernis.

Nach unwesentlicher Debatte vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht.

Schluß der Beweisaufnahme.

Es sind 16 Zeugen geladen, darunter die Minister Oeser, Südekum und Dominicus, die Staatssekretäre Müller und Krüger, sowie General von Oldershausen.

Minister a. D. Dominikus

bekundet, daß im März vorigen Jahres unter der Bevölkerung eine gedrückte Stimmung geherrscht habe, von freiwilliger Begeisterung sei absolut keine Rede gewesen. Den Ausbruch des Generalstreikes der Eisenbahner habe er für sehr verhängnisvoll gehalten. Deshalb sei er am Sonntag mit Oeser und Südekum zu Lüttwitz gefahren und habe diesen auf die Folgen eines solchen Streikes aufmerksam gemacht. Schließlich begaben sich die drei Herren zu Kapp, dem Lüttwitz die Verantwortung zuschob. Kapp wurde zum Rücktritt aufgefordert und war auch zunächst nicht abgeneigt. Nachmittags sandte er jedoch einen Offizier zu dem Eisenbahnerverband und forderte die Gewerkschaftsliste. Darin lag eine indirekte Ablehnung der Forderung. Südekum erklärt, daß gegen das militärische Vorgehen sofort ein Widerstand hätte organisiert werden müssen. Aus diesem Grunde habe er schon am Sonnabendnachmittag die Mitglieder des Aeltestenrates des Landtages zu einem Protest gegen die Auflösung des Parlaments veranlaßt. Ein von den verhafteten preußischen Ministern veröffentlichter Aufruf konnte nicht veröffentlicht werden, weil Kapp die Zeitungen verboten hatte. Geheimer Oberregierungsrat Dove machte ich darauf aufmerksam, daß Mord und Totschlag die Folge des Vorgehens Kapps sein würde

Unter falscher Flagge.

Roman von M. Witt

(Nachdruck verboten.)

„Ich glaube es zu erraten. Er hat wahrscheinlich die Absicht, einige Fragen bezüglich Ihres Patienten Maldini an Sie zu richten. Es ist ein sehr sonderbares Zusammentreffen, daß wir gerade in diesem Augenblick hier bei Ihnen sein müssen. Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie ihm die gewünschten Auskünfte so freimütig als möglich erteilen wollten. Meinen Namen aber werden Sie besser nicht erwähnen und dementsprechend auch nichts von unserm Hiersein. Sagen Sie ihm, daß Maldini gestern heimlich entwichen sei, und daß sich seine Spur bis jetzt nicht hätte auffinden lassen."

Der Arzt nickte zustimmend und verließ das Zimmer. Nach seinem Weggange wandte sich Giovanni lebhaft an den Freund:

„Was machen Sie daraus, Mascani?"

„Ich nehme an, daß Tosca sich auf der richtigen Fährte befindet. Die deutschen Kriminalisten würden ja vermutlich niemals die rechte Erklärung für das Attentat auf Volkhardt gefunden haben. Die römische Polizei aber, die wohl durch die Zeitungen Kenntnis von dem Vorfall erhalten hat, mußte der Sache, die sie ja an und für sich nichts angeht, aus speziellen Gründen ihr Interesse zuwenden. Die Uebereinstimmung mit jenen unaufgeklärten Vorgängen, deren Schauplatz einst die ewige Stadt gewesen ist, war doch ziemlich offenkundig. Und niemand ist über jene alten Geschichten besser unterrichtet als Paolo Tosca. Sie wissen ja gut genug, daß wir damals gar manches getan haben, das wir heute wohl gerne ungeschehen machen würden, wenn es in menschlicher Macht stände. Die Leute, mit denen wir uns damals um unserer großen und heiligen Sache willen einließen, waren ja leider zum großen Teil von der bedenklichsten Art. Und was die Handlungen deines Bruders betrifft —"

Giovanni machte eine schmerzlich abwehrende Handbewegung.

„Der arme Bursche war immer ein Schwärmer und ein Phantast."

„Gewiß — so sagen wir, die ihn und die Reinheit seiner letzten Absichten kannten! Aber die Justiz würde seinen Handlungen wahrscheinlich einen anderen Namen gegeben haben. Wir wollten große Ziele durch die Mittel des Terrorismus erreichen, und wir waren nicht eben bedenklich in der Wahl dieser Mittel. Ganz Europa sollte vor uns und vor unserer geheimnisvollen Macht erzittern. Und es ist ja auch sicher, daß wir eine Zeitlang Angst und Schrecken verbreitet haben. Wieviel Sorge und Kopfzerbrechen haben den Behörden nicht jene unerklärlichen Fälle bereitet, wo man einen Toten auf der Straße, in einem Hotelzimmer oder in einem Wagen fand, ohne jedes sichere Kennzeichen der Todesursache und ohne eine Spur des Täters. Die Methode, die von uns angewendet wurde, ist den Kriminalbehörden immer ein Geheimnis geblieben; aber als sie jetzt von dem Anschlag auf Volkhardt lasen, mußten sie sich sofort sagen, daß der Attentäter im Besitz unseres Geheimnisses gewesen sein mußte, und deshalb haben sie einen ihrer tüchtigsten Beamten entsandt, diesem Attentäter nachzuforschen. Gelingt es, seiner habhaft zu werden, so wird nach ihrer Meinung damit vielleicht auch die Möglichkeit gegeben sein, das Dunkel zu lichten, das bis heute jene geheimnisvollen Vorgänge aus einer fernen Vergangenheit umhüllte. Die Tatsache aber, daß Tosca heute hier erscheint, ist Beweis genug dafür, daß er seine Zeit nicht verloren hat, und daß es ihm rasch genug gelungen ist, die richtige Fährte aufzuspüren."

„Ich glaube, daß Sie recht haben. Und da werde ich mich also wohl darauf gefaßt machen müssen, daß die Reihe zunächst an mich kommt."

„Darauf können Sie sich allerdings verlassen. Die Angelegenheit wird durch die Einmischung dieses italienischen Kriminalisten ohne allen Zweifel ein ganz anderes Gesicht bekommen. Möglicherweise wird man Sie der Urheberschaft des Attentats auf Volkhardt verdächtigen, möglicherweise auch diese arme kleine Anita, von der ich wahrlich wissen möchte, was inzwischen aus ihr geworden ist."

Giovanni hatte auf die letzten Worte des Freundes kaum noch geachtet. Er war in tiefes Nachdenken versunken, und mit einem Kopfnicken sagte er endlich:

„Es war mein Wunsch, die Frau zu schonen, die ich einst geliebt. Aber Sie haben recht: die Dinge sind zu weit gediehen, als daß ich darauf rechnen dürfte, länger im Verborgenen zu bleiben. Wir wollen tun, was in unseren Kräften steht; aber ich habe keine Hoffnung mehr, daß es uns gelingt, den Lauf der Ereignisse aufzuhalten. — Doch da ist Dr. Landshoff."

Der Arzt war wieder eingetreten, und er sah aus wie jemand, der ein schweres Stück Arbeit hinter sich hat.

„Der Italiener ist fort," sagte er mit einem Seufzer der Erleichterung. „Ein sehr schwieriger und unbequemer Herr! Er schien durchaus nicht geneigt, an die Wahrhaftigkeit meiner Erklärungen zu glauben. Aber nach vieler Mühe ist es mir endlich doch wohl gelungen, ihn davon zu überzeugen. Jedenfalls war er sehr enttäuscht und mißvergnügt, als er sich entfernte. — Kann ich den Herren nun noch irgendwie dienen?"

„Wir erbitten von Ihnen nichts anderes als Ihre Verschwiegenheit. Wahrscheinlich wird einer von uns Sie morgen oder übermorgen abermals aufsuchen. Bis dahin sprechen Sie, bitte, zu niemandem über das, was vorgefallen ist."

Bereitwillig erteilte Doktor Landshoff die verlangte Zusage, und die beiden Besucher verabschiedeten sich von ihm um vieles freundlicher, als sie ihn vorhin begrüßt hatten.

Bei der Heimfahrt mußten sie alle mögliche Vorsicht aufwenden, um nicht mit dem italienischen Geheimpolizisten zusammenzutreffen. Eine Begegnung mit ihm gerade in diesem Augenblick war sicherlich das letzte, was sie sich hätten wünschen können. Sie wählten deshalb eine Route, von der sie mit ziemlicher Sicherheit annehmen konnten, daß Tosca sie nicht einschlagen würde, und es war infolgedessen ziemlich spät geworden, als sie Giovannis Behausung wieder erreichten. Der Arzt war inzwischen noch einmal dagewesen, um nach Maldini zu sehen. Er hatte gefunden, daß keinerlei Gefahr für den Patienten bestand, daß er aber an der leichten Gehirnerschütterung, die durch den Steinwurf herbeigeführt worden war, voraussichtlich noch ein paar Tage zu leiden haben würde. Während des Dämmerzustandes, in dem er sich augenblicklich befand, konnte er ebensowenig entfliehen, als irgendwelches Unheil anrichten. Die Aufsicht der Frau Bendix war deshalb vollkommen ausreichend, und auch ihrer Pflege durfte man ihn getrost überlassen.

Als sich die beiden Freunde in bezug auf ihn beruhigt fühlen konnten, erklärte Mascani, daß es jetzt ihre nächste Sorge sein müsse, sich Gewißheit über Anitas Verbleib zu verschaffen. Er war der Meinung, daß sie nicht sehr weit gelangt sein könne, und er hielt es für geraten, daß man sich nicht gemeinsam aufmache, sie zu suchen, sondern daß es jeder besser auf seine eigene Hand täte, weil die Nachforschungen dann ein rascheres Ergebnis erhoffen ließen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211215-19/fragment/page=0005
DFG

Zwei Tage später war auch schon sein Bruder von räuberischen Horden (?) erschlagen worden.

Ueber die Zumutung, daß Oeser, Dominicus und ich mit den Usurpatoren gemeinsame Sache machen sollte, war ich empört: daß aber Kapp und Genossen glauben konnten, wir würden auf ihre Seite treten, ist mir unverständlich. Wenn hier gesagt wurde, das Kappunternehmen sei ohne Blutvergießen vor sich gegangen, so ist das nicht richtig. In Berlin sind viele Menschen getötet worden, und später in Westfalen noch viel mehr. Bei den Verhandlungen mit Kapp und Genossen habe Schiffer kein Amnestieversprechen gegeben. Er hat den

Kappleuten nur versprochen, daß er im Kabinett für eine Amnestievorlage im Reichstage eintreten würde.

Bei der Besprechung mit den Kappleuten habe er darauf hingewiesen, daß Kapp keinen Minister ernennen könne, sondern daß dies Sache des Reichspräsidenten sei. Hierauf habe Kapp geantwortet: Darauf kann ich keine Rücksichten nehmen. Ich habe das Parlament aufgelöst und die Regierung verjagt

dann setze ich hiermit auch den Reichspräsidenten ab.

Landeshauptmann Oeser:

Als mein Ministerium besetzt wurde, erklärte mir ein Offizier, daß hiermit die Arbeit aufhöre, das sage er im Auftrage des Herrn von Lüttwitz. Der Name Kapp wurde nicht genannt. Um 12 Uhr kam Jagow zu mir und stellte sich als Minister des Innern vor, der im Auftrage von Kapp käme. In der Reichskanzlei herrschte ein völliges Durcheinander, sie machte den Eindruck einer Schieber- und Händlerbörse. Kapp trafen wir dort nicht an.

Generalleutnant Reinhardt:

General Lüttwitz stemmte sich gegen die Auflösung der Marinebrigade, ich war damals Chef der Heeresleitung und machte Lüttwitz Vorhaltungen und verwies ihn auf den von ihm auf die Verfassung geleisteten Eid. Lüttwitz wurde schließlich beurlaubt und Oven mit seiner Vertretung beauftragt. Diese Beurlaubung war einem verdienstvollen General gegenüber üblich. Ein Irrtum, aber es ist zu glauben, daß der Beurlaubte jeden Augenblick zurückkehren und den Befehl wieder übernehmen könnte.

Nach einer kurzen Mittagspause wird

Generalleutnant a. D. v. Oldershausen

vernommen, der Chef des Generalstabes von Lüttwitz war. Der Zeuge war sehr überrascht, daß Lüttwitz nicht nur militärische, sondern auch politische Forderungen gegenüber dem Reichspräsidenten geltend machen wollte. Am anderen Morgen wurde der Zeuge zu Noske gebeten, der ihm den Auftrag gab, er solle Lüttwitz nahelegen, seinen Abschied zu nehmen. Der Zeuge bat jedoch von ihm abzusehen und den zuständigen Herrn zu Lüttwitz zu schicken. Dieser wurde dann seiner Stellung enthoben und beschloß loszuschlagen.

Ministerialdirektor Habich wurde am 16. März durch Wangenheim zu einer Besprechung gebeten. Wangenheim teilte ihm mit,

daß er zum Minister in Aussicht genommen sei,

und daß er, der Zeuge, den Staatssekretär Ramm versetzen solle. Der Zeuge erklärte, dazu bedürfe er im Falle der Verhinderung keines besonderen Auftrages, da er den Staatssekretär zu vertreten habe.

Auf Antrag des Verteidigers Böttger gelangt ein Telegramm des Reichskanzlers Bauer aus Stuttgart vom 17. März 1919 zur Verlesung, in dem der Oberreichsanwalt

zur Verfolgung aller Kappisten aufgefordert

wird. Die Antwort des Oberreichsanwaltes wird ebenfalls verlesen.

Rechtsanwalt Neumann macht sodann Mitteilungen über die Verfolgung der Angeklagten. v. Jagow habe sich der Verhaftung entzogen. v. Wangenheim habe sich zu seiner Tochter nach den an Polen abgetretenen Teil Westpreußens geflüchtet. Er wurde aber später von den Polen über die Grenze abgeschoben und hat kurze Zeit in Leipzig in Untersuchungshaft gesessen. Schließlich wurde er gegen Stellung einer Kaution entlassen. Dr. Schiele wurde im Oktober dieses Jahres verhaftet, aber gleichzeitig gegen Kaution entlassen.

Der Angeklagte von Wangenheim bestreitet, geflüchtet zu sein. Dr. Schiele erklärt, er habe sich noch vier bis fünf Wochen nach dem Putsch in Deutschland aufgehalten, sich aber dann entschlossen, studienhalber in das Ausland zu gehen.

Der Präsident verweist die Angeklagten darauf, daß hier Teilnahme und eventuelle Beihilfe an einem hochverräterischen Unternehmen in Frage kommen kann, unter Umständen auch Amtsanmaßung, entweder selbständig oder in rechtlicher Verbindung mit Hochverrat. Die Beweisaufnahme ist damit geschlossen. Ein von der Verteidigung gestellter letzter Beweisantrag wird abgelehnt. Der morgige Tage bleibt sitzungsfrei, am Freitag vormittag beginnen die Plädoyers.

Der Kleppelsdorfer Mordprozeß

† Hirschberg, 13. Dez. Es soll heute vormittag noch geheim, nachmittag wieder öffentlich verhandelt werden. — Der Vorsitzende teilt mit, ein Herr Eichler aus Breslau habe gedrahtet, daß ihm auf spiritistischem Wege bekannt geworden sei, Frau Grupen befände sich auf einer Reise am Genfer See. Der Vorsitzende bemerkt hierzu: Es ist das zwar sehr liebenswürdig von Herrn Eichler, aber ich denke, wir versuchen das Rätsel nicht auf spiritistischem, sondern auf gewöhnlichem Wege zu lösen (Heiterkeit). Die Prozeßbeteiligten stimmen dem zu.

Es wurden dann noch einige Mädchen vernommen, die sich durch Eheversprechungen des Angeklagten verleiten ließen, mit ihm in nähere Beziehungen zu treten. Eines dieser Mädchen war in ähnlicher Art wie der Angeklagte und die kleine Ursula erkrankt. Ueber den Zusammenhang dieser Erkrankungen wurden gutachtliche Aeußerungen nicht abgegeben.

Eine intime Freundin derr Frau Grupen bekundet, daß der Angeklagte einmal zu seiner Frau gesagt habe: durch Scheidung gehen wir nicht auseinander; nur die Waffe kann uns trennen! Der Angeklagte habe damit einen Selbstmord durch Erschießen gemeint. Die Zeugin sei aber fest überzeugt, daß er Komödie spielte. Das Verhältnis zwischen den Eheleuten sei überhaupt nicht so gewesen, wie es nach außen hin schien und wie es hätte sein sollen.

Hinter verschlossenen Türen wird auch Wilhelm Grupen, der Bruder des Angeklagten, vernommen, der einen anomalen Vorgang zwischen der Frau des Angeklagten und der Ursula beobachtet haben will. Wenn man gestern und heute die Ergebnisse der geheimen Verhandlungen überblickt, so ist man erstaunt, zu sehen, wie leicht es dem Angeklagten geworden ist, die Herzen der Schönen von Ottenbüttel zu erobern. „Man mußte ihn gern haben“, meinen sie fast alle. Offenbar hat auch die eine von der anderen nichts gewußt. Grupen selbst folgt den Schilderungen der Mädchen, die teilweise sehr stupide aussehen, offenbar recht wohlgefällig. Seine galanten Abenteuer in Ottenbüttel und anderwärts sind das einzige, was er ohne weiteres bisher einräumt.

Die Kronzeugin Fräulein Mohr, die übrigens versichert, längst einen anderen Schatz zu haben und gar kein Interesse für sie vorliege, den Angeklagten irgendwie zu schonen, ist einigermaßen wieder hergestellt. Sie erschien im Laufe des Vormittags mit einem dicken Schal um den erkrankten Hals an Gerichtsstelle. Es erhält sich übrigens im Saale hartnäckig das Gerücht, Grupen werde in seinem Schlußwort Aufklärung über das Verschwinden seiner Frau geben.

Die heutige Nachmittagssitzung gestaltete sich wieder äußerst lebhaft. Es wurde namentlich das Verschwinden der Frau des Angeklagten erörtert. Grupen geriet wiederholt in flammende Erregung; er schlug mit der Faust auf die Anklagebank.

Eingangs der Nachmittagssitzung wird noch kurze Zeit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. Die medizinischen Sachverständigen sprachen sich in ihrem Gutachten sehr zurückhaltend über die Wahrscheinlichkeit des dem Angeklagten zur Last gelegten Sittlichkeitsverbrechens aus. Die Möglichkeit eines intimen Verkehrs der Ursula mit dem Angeklagten im Rahmen der Diagnose könne immerhin vorliegen. Der Angeklagte erklärte sich mit dem Antrage eines Sachverständigen, von ihm eine Blutprobe zur Feststellung einer gewissen Krankheit zu entnehmen, einverstanden.

Als erster Zeuge wird Apothekenbesitzer Schade (Berlin), der Vater des ersten Mannes der Frau Grupen vernommen. Der Zeuge gibt an, daß er zunächst das Gefühl hatte, Grupen sei ein recht guter Mensch. Der Angeklagte war nochmals bei ihm, als seine Frau bereits fort war. Er erzählte dann, daß „Trude“ ihm 60 000 Mark fortgenommen und nach Amerika gegangen sei. Als dem Zeugen der Abschiedsbrief übergeben wurde, habe er sofort geäußert: „Das hat die Trude unmöglich geschrieben“, und zwar, da der Briefstil ihrer ganzen Natur zuwider schien. Herr Schade meint, es müsse ein ganz satanischer Einfluß hinter seiner Schwiegertochter gestanden haben.

Hierauf wird die Gattin des Zeugen, Frau Schade, vernommen. — Vors.: Sie sind die Schwiegermutter der Frau Grupen? — Zeugin (nach einer Pause): Was, ich die Schwiegermutter? Ach so, ja ja, natürlich, Sie haben ganz recht. (Heiterkeit.) — Die Zeugin schildert dann folgendes: Grupen war sehr zurückhaltend. Von einer Amerikareise und einer Bühnenlaufbahn weiß ich nichts. Nach dem Verschwinden der Frau Grupen telegraphierte der Angeklagte und bestellte ihren Mann nach dem Fürstenhof in Berlin. Sie sei dann mit ihrem Mann hingegangen. Grupen war auffallend freundlich und herzlich, reichte ihr sofort den Arm und sprach immer wieder davon, wie gut er seine Frau behandelt habe. Er habe im Begriff gestanden, ihr ein Reitpferd zu kaufen, und verstehe umsoweniger ihr Verschwinden. Sie habe schließlich an eine geistige Umnachtung geglaubt, weil Grupen so viel auf sie eingeredet habe. — Vors.: Fiel es Ihnen nicht auf, daß er nicht zu Ihnen kam, sondern Sie in den Fürstenhof bestellte? — Zeugin: Allerdings! Ich habe ihn auch gefragt, warum kamst du nicht gleich, warum müssen wir uns hier treffen? Er ist dann schließlich bei uns gewesen. Ihre Schwiegertochter, die verschwundene Frau Grupen, habe sehr an den Kindern gehangen. Sie halte einen freiwilligen Fortgang gar nicht für möglich.

Hierauf wird Bureauvorsteher Geib aus Itzehoe vernommen, der im Bureau des Rechtsanwalt Reinicke beschäftigt ist. Im September 1920 kam Grupen zu ihm und gab ihm einen versiegelten Brief seiner Frau. Es war dies ein Brief an Rechtsanwalt Reinicke, in dem von der Amerikareise die Rede war, und außerdem ein Brief an einen Apotheker, wahrscheinlich Herrn Schade.

Notar Paul Reinicke, Rechtsanwalt in Itzehoe, wird durch den Angeklagten von seiner Schweigepflicht entbunden und kundet: Ich kannte den Angeklagten durch einige Notariatsakten. Am 17. September 1920 erschien nachmittags Grupen mit Frau Eckert und seiner Frau. Frau Eckert und Frau Grupen traten Hypotheken im Gesamtbetrage von 72 000 Mk. ab. Es fiel mir auf, daß Grupen sagte, seine Frau bekäme Gegenwerte in bar. Ich dachte zunächst an Steuerschiebungen und erklärte: Was soll denn der Unsinn? Grupen betonte aber immer wieder, seine Frau bekomme wirklich Gegenwerte. Ich riet dann zur Gütertrennung. Am 18. in aller Frühe kam Grupen mit seiner Frau, um die Gütertrennung zu erledigen, wieder zu mir. Am nächsten Tage ist Frau Grupen verschwunden. Einige Tage später kam mein Bureauvorsteher und schilderte das soeben von mir Bekundete. In dem einen Briefe der Frau Grupen stand, ihre künstlerische Sehnsucht treibe sie nach Amerika, ihre Spur zu verfolgen, habe keinen Zweck. Grupen machte den Eindruck eines geknickten Ehemannes. „Was soll geschehen?“ fragte er. Grupen nahm an, daß das Verhältnis seiner Frau mit Fabrikbesitzer Schulz in Perleberg noch fortbestehe. Mir ging der Fall sehr nahe und ich sagte zu dem Angeklagten: „Es handelt sich immerhin um Ihre Frau. Was soll sie mit 72 000 Mark bei heutiger Valuta in Amerika anfangen? Damit kommt sie ja kaum von Deutschland fort! Lassen Sie die Frau nicht untergehen. Wenden Sie sich zunächst an Schulz.“ Da dies dem Angeklagten wider den Strich zu gehen schien, riet ich ihm, dies durch Bekannte tun zu lassen. Passagierverkehr war damals kaum möglich. Ich riet ihm daher weiter, nach Hamburg und Bremen zu fahren, zumal ja nur alle paar Wochen Schiffe abgingen. Nach vierzehn Tagen kam der Angeklagte wieder und sagte mir, er habe dies getan, seine Frau sei aber nicht zu finden. Schließlich kamen wir überein, die Ehescheidung einzuleiten. Diese Klage habe ich dann eingereicht. Die öffentliche Zustellung wurde bewilligt. Einen Tag später las ich aber von dem Morde in Kleppelsdorf. Das stimmte mich natürlich bedenklich. Außerdem erschien ein Bankdirektor bei mir, der ja auch hier als Zeuge geladen ist, und sagte, in Oldenbüttel halte man die Sache mit dem Verschwinden der Frau für faul. Ich habe dann das Mandat niedergelegt.

Vors. (mit erhobener Stimme): Angeklagter, haben Sie ihre Recherchen in Hamburg und Bremen angestellt? — Angekl.: Also, ich war in Berlin. . . . — Vors. (unterbrechend): Antworten Sie mir doch nicht so ausschweifend! Ich frage nochmals, waren Sie in Hamburg und Bremen, um Recherchen anzustellen? — Angekl. (mit der Faust auf die Anklagebank schlagend, sehr erregt): Ich werde das also jetzt erklären. Bei den Dampfergesellschaften war ich nicht, weil die Nachricht kam, meine Frau sei nach Lübeck abgemeldet. In dieser Beziehung habe ich also den Rat des Herrn Rechtsanwalts nicht befolgt. — Vors.: Warum nicht? Wollten Sie mit Ihrer Frau endgültig brechen und nichts mehr mit ihr zu tun haben? — Angekl.: Jawohl, das war der Grund! (Lebhafte Bewegung!) — Rechtsanwalt Reinicke teilt noch mit, er habe immer wieder nach den Gründen für die Amerikareise gefragt, auch Einzelheiten des Ehelebens wissen wollen. Grupen habe aber von irgendwelchen Perversitäten nichts erzählt. — Vors.: Ich bitte, mir den Widerspruch aufzuklären. Wir hören, der Angeklagte spielte die Rolle des geknickten Ehemannes, hat sogar geweint, stellt aber keine Recherchen bei den Schiffsgesellschaften an. — Angekl. (wieder sehr erregt): Dann bleibt der Widerspruch eben meinetwegen bestehen! — Oberstaatsanwalt: Mich interessiert noch zu wissen, was aus dem stattlichen Vermögen der Frau Eckert geworden ist? — Rechtsanwalt Reinicke: Mir sagte Frau Eckert, es sei nicht mehr da. — Oberstaatsanwalt: Und wo ist es? — Vors.: Weg! (Große Heiterkeit.) Aber ich wiederhole doch nur, was wir eben gehört haben. — Der Angeklagte, mit funkelnden Augen, schreit zum Staatsanwalt hinüber: Ich habe nichts vertan von dem Gelde! Wenn hier immer von einem Vermögen der Frau Eckert gesprochen wird, so setzen Sie gefälligst X gleich 0. Ich habe auch nie von der Generalvollmacht Gebrauch gemacht, auch die Hypothek der Frau Eckert vom Gefängnis aus, als mir ein veränderter Standpunkt bekannt wurde, zurückgegeben.

Aus Stadt und Umgebung

Hilfsverein für Blinde in der Provinz Sachsen.

* Vom Hilfsverein für Blinde in der Provinz Sachsen wird uns ein Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1920 übersandt. Aus dem Texte desselben geht hervor, daß dieser Verein sich in der wärmsten Weise der Bedauernswertesten unter den Kriegsbeschädigten, der Kriegsblinden, soweit sie in unserer Provinz Sachsen beheimatet sind, angenommen hat. Der Bericht schildert in eingehender Weise, welche Arbeit bisher durch die Provinzial-Blindenanstalt in Halle und dem Hilfsverein für Blinde an diesen Unglücklichen geleistet worden ist. Um weiter unseren Kriegsblinden helfen zu können, bittet er, die Hände und Herzen für diesen edlen Zweck aufzutun.

Und dabei hat der Verein seine bisherigen Verpflichtungen gegenüber den übrigen Blinden in unserer Heimatprovinz nicht versäumt und will trotzdem noch neue Aufgaben zu lösen versuchen. In der nächsten Zeit werden nun die Mitglieds-Beitrags-Sammellisten des Hilfsvereins für Blinde herumgehen. Wir möchten aus wärmstem Herzen empfehlen, recht reichlich Beiträge für dieses von dem Verein unterhaltene und beabsichtigte edle Werk der Nächstenliebe zu zeichnen und zu geben, und so nicht nur die Arbeit an den Blinden in unserer Provinz, sondern vor allen Dingen auch an den unserer Heimatprovinz [illegible] Kriegsblinden

Unfälle im Telephonbetrieb.

* Wie die „Monatsschrift für Unfallheilkunde“ mitteilt, ist kürzlich in Sachen der Unfälle im Telephonbetrieb ein Sachverständigengutachten ergangen, das für die Allgemeinheit von größtem Interesse ist. Bekanntlich herrscht bei der Post die Tendenz vor, das Publikum für alle angeblichen Schäden verantwortlich zu machen. Das Gutachten von F. W. A. Weber in Dortmund besagt: Vorbeugung ist die Hauptsache, da die angeblichen Schädigungen durch die „Weckströme“ nur für hysterische Beamte in Betracht kommen. Deshalb Entfernung aller nervös erscheinenden Personen aus dem Dienst!

Die Heizungsnot.

* Der Präsident des sächsischen Gesundheitsamtes, Dr. Weber, hat kürzlich über die Bedeutung der Heizung in gesundheitlicher Beziehung bemerkenswerte Mitteilungen gemacht. Er kommt zu dem Schlusse: Ebenso dringend wie ausreichende Ernährung und ausreichende Kleidung bedarf das deutsche Volk für die sieben bis acht Monate dauernde Heizperiode des Jahres der ausreichenden Heizung. Die Volksgesundheit verlangt, daß der Heizungsnot ebenso energisch zu Leibe gegangen wird, wie dies mit der Nahrungsmittelnot geschehen ist. Dr. Silbergleit in Berlin hat darauf hingewiesen, daß die Sterblichkeit der Säuglinge 1918/20 auffallend hoch war; er ist der Ansicht, daß die Kohlennot Hekatomben von Kindern gefordert hat. Auch viele alte Leute und solche, die durch Krankheit geschwächt waren, sind der Kohlennot zum Opfer gefallen, besonders weil man, um Kohlen zu sparen, zu dem Mittel gegriffen hat an Lüftung zu sparen.

Vermischtes.

Am Postschalter.

* Aus Oldenburg wird berichtet: Ein heiteres Intermezzo spielte sich vor einigen Tagen an einem Postschalter des hiesigen Postamtes ab. Zwei Bauersfrauen, die einen Brief nach Amerika senden wollten, erkundigten sich bei dem Schalterbeamten, wie das am besten zu bewerkstelligen sei. Besonders das Schreiben der mit englischen Brocken durchsetzten Adresse machte ihnen schier unüberwindliche Schwierigkeiten, und sie waren deshalb glücklich, als der hilfsbereite Beamte ihnen diese Arbeit abnahm und den Briefumschlag fein säuberlich mit der Anschrift versah. Voll Dank für seine Freundlichkeit schob ihm eine der Frauen mit einem Augenzwinkern einen Zweimarkschein hin und sagte: „Dör könnt ji 'n Lüttien för drinken!“ Aber zu ihrer Verwunderung lehnt der Beamte lächelnd und mit der Bemerkung ab, daß es ihm untersagt sei, Trinkgelder anzunehmen, worauf die gute Frau treuherzig erwiderte: „Na, mien Jung, denn will ick di wenigstens 'n paar Briefmarken afflöhen, anners kummst du jo garnich up diene Kosten.

Die Liebesvilla.

Vor einiger Zeit mietete in Bogliasco in Piemont ein junges Pärchen, dem jeder ansah, daß es sich in den Flitterwochen befand, eine reizend gelegene Villa. Es mußten Leute in guten Verhältnissen sein, denn sie brachten zwei Diener und einen Koch mit. Nachdem eine Anzahl großer, schwerer Koffer in das Haus gebracht worden war, sah man die Bewohner nur noch selten. Es kam zu ihnen kein Besuch, und auch sonst betrat nur ausnahmsweise jemand die Villa. Die Nachbarschaft fand dies zwar auffällig, erklärte sich das Rätsel aber so, daß die Leutchen ganz für sich leben wollten, und nannten das Haus lachend die „Liebesvilla“. Nun hat sich jedoch herausgestellt, daß in dem Hause andere Heimlichkeiten vor sich gegangen sind als solche der Liebe. Der junge Ehemann, die junge Frau und die Dienerschaft bildeten eine Bande von Fälschern, die aus der Villa eine Werkstätte ihres dunklen Gewerbes machten. Sie hatten hier für 90 Millionen Lire falsche Banknoten hergestellt; dann verließen sie das Haus, nachdem sie alle Spuren verwischt hatten, um das Geld in Oesterreich und Italien in Umlauf zu bringen. Ein Detektiv ist hinter die Sache gekommen, und es ist ihm auch gelungen, die Spur der jungen Frau aufzufinden. Sie hat gestanden, so daß man auch ihre Genossen verhaften konnte.

Turnen, Spiel und Sport

1919 I Neumarkt — Preußen II Merseburg.

Die 1. Elf SpV 19 hatte am letzten Sonntag die 2. Preußenelf als Gast. Die Mannschaften lieferten ein flottes ausgeglichenes Spiel, in dem SpV mit 3:2 die Oberhand behielt. Der Schiedsrichter Rühle SpV 99 hatte wegen des starken Nebels keinen leichten Stand, trotzdem leitete er das Spiel in vorzüglicher Weise, in der 2. Spielhälfte unterstützt von einem 2. Schiedsrichter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211215-19/fragment/page=0006